

DISPUT

ISSN 0948-2407 | 67485

MITGLIEDERZEITSCHRIFT DER PARTEI DIE LINKE
DEZEMBER 2017 2 EURO

Einwandern

Wollen wir Migration regeln und wenn ja, wie? DIE LINKE diskutiert über ein Einwanderungsgesetz. Bisherige Beschlüsse und Debattenbeiträge. 6

Zeit gewinnen

Arbeitszeiten müssen zum Leben passen. DIE LINKE startet eine Initiative für ein neues Normalarbeitsverhältnis von etwa 30 Stunden in der Woche. 16

In Vielfalt geeint

Gregor Gysi hat beim Europäischen Forum der progressiven Kräfte in Marseille dazu aufgerufen, Gemeinsamkeiten statt Trennendes zu suchen. 20



Foto: shutterstock.com

INHALT



Auch wenn die SPD beschlossen hat, mit Angela Merkel erneut eine Große Koalition zu sondieren, wissen wir doch nicht, ob es wieder dazu kommt. Neuwahlen sind noch nicht vom Tisch. Aber wenn das der Fall sein sollte, sind wir gut aufgestellt – nicht zuletzt, weil wir immer mehr werden. In die-

DISPUT bittet zu jeder Ausgabe eine Leserin oder einen Leser um eine kurze Vor-Lesung des aktuellen Heftes.

sem Jahr sind mehr als 7.000 neue Genossinnen und Genossen zu uns gekommen. Woche für Woche treten viele weitere ein. Herzlich willkommen! Mit diesem Heft verändern wir die Zählweise, deshalb ist dieser DISPUT gleichzeitig Nummer 12/2017 und 1/2018. Die nächste Ausgabe erscheint am 18. Januar, den Abonnentinnen und Abonnenten geht also kein Heft verloren. Mit dieser Ausgabe wollen wir auch verstärkt Debatten in der Zeitschrift anschieben, die wir online fortführen möchten. Unter www.die-linke.de/disput hat der DISPUT einen eigenen Bereich, in dem wir ein Forum für Debattenbeiträge eingerichtet haben. Den Anfang machen wir mit dem Thema Einwanderungsgesetz, über das auch der Parteivorstand auf seiner letzten Sitzung diskutiert hat. Im

Januar wird der geschäftsführende Parteivorstand einen Vorschlag über das weitere Verfahren der Debatte vorlegen. DISPUT wird selbstverständlich darüber berichten – online und offline. PS: Noch auf der Suche nach einem klugen Weihnachtsgeschenk? Im Heft findet ihr eine Geschenkkarte für ein DISPUT-Jahresabo

Thomas Lohmeier ist Leiter des Bereichs Medien, Öffentlichkeitsarbeit, Bürgerdialog in der Bundesgeschäftsstelle der LINKEN in Berlin

**DISPUT 12/2017
01/2018**

**VOR-GELESEN VON
THOMAS LOHMEIER**

VORMERKEN!

Der LINKE Terminkalender für das kommende Jahr **4**

DEBATTE EINWANDERUNGSGESETZ

Die Beschlusslage **6**
Der Entwurf der ostdeutschen Linksfraktionen **8**
Debattenbeiträge von Ulla Jelpke, Tobias Schulze, Cornelia Möhring, Janine Wissler, Sevim Dagdelen und Jörg Schindler **10**

PARTEI

Katja Kipping: Für eine LINKE, die über sich hinauswächst **14**

ARBEITSZEITEN

Bernd Riexinger: 30 Stunden sind genug **16**

BUNDESTAG

Schleppende Arbeitsaufnahme **18**



**JEDEN MONAT
PRESSEDIENST 24
DAS KLEINE BLABLA 25
FEUILLETON 27
NEU IM KINO 29
KULTUR 30
DEZEMBERKOLUMNE 31**

KAHLSCHLAG

Solidarität mit den Siemens-Beschäftigten **19**

EUROPÄISCHE LINKE

Gregor Gysi über Vielfalt in der Einheit **20**

KAMERUN

Imer mehr Konflikte brechen auf **22**

GESCHICHTE

Vor 75 Jahren ließ das Hitler-Regime in Berlin-Plötzensee die ersten elf Mitglieder der »roten Kapelle« **26**

LEIDENSCHAFT

Tobias Bank organisiert Ausstellungen mit Dingen aus der DDR **28**

Foto: DIE LINKE. Leipzig

IMPRESSUM DISPUT ist die Mitgliederzeitschrift der Partei DIE LINKE, herausgegeben vom Parteivorstand, und erscheint einmal monatlich über Neue Zeitungsverwaltung GmbH, Weydingerstraße 14–16, 10178 Berlin **REDAKTION** Anja Krüger, Kleine Alexanderstraße 28, 10178 Berlin, Telefon: 030 24009510, disput@die-linke.de
GRAFIK UND LAYOUT Thomas Herbell **DRUCK** EVERSFRANK BERLIN GmbH | Ballinstraße 15 | Postfach 470355 | 12359 Berlin **ABOSERVICE** Neues Deutschland, Druckerei und Verlag GmbH, Franz-Mehring-Platz 1, 10243 Berlin, Telefon: (030) 29 78 18 00 **ISSN** 0948-2407
REDAKTIONSSCHLUSS HEFT 12/01: 12. Dezember 2017. DISPUT 2/2018 erscheint am 18. Januar.

Furat, was ist für dich links?



Foto: privat

Der Kampf gegen Marginalisierung und für soziale Gerechtigkeit und die Befähigung der Menschen zur Selbstwirksamkeit. **Was ist für dich internationalistisch?** Grenzüberschreitende Solidarität mit allen Menschen, eine rassistuskritische Migrationspolitik und nicht nur die westlichen Werte zu sehen, sondern verschiedene Wertesysteme gelten zu lassen. **Was hat dich in letzter Zeit am meisten überrascht?** Mich hat nicht überrascht, dass die AfD in den Bundestag eingezogen ist, aber dass das viele Leute überrascht hat. **Was war dein erster Berufswunsch?** Astrophysikerin. **Wenn du Parteivorsitzende wärst ...** würde ich Intersektionalität zum Pflichtprogramm machen. **Was regt dich auf?** Weiße Vorherrschaft, die Vorherrschaft westlicher Werte und des westlichen Fortschritts- und Leistungsgedankens. Mich regt die Legitimierung des strukturellen Ausschlusses auf, dass so getan wird, als gäbe es diesen Ausschluss nicht. Und mich regt der Eurozentrismus an der Uni auf. **Wovon träumst du?** Ich träume nicht, ich handele. **Wofür gibst du gerne Geld aus?** Für meine Existenz. **Wann fühlst du dich gut?** Wenn ich mit Freunden oder der Familie zusammen bin. **Wen oder was würdest du mit auf eine Insel nehmen?** Die Idee der einsamen Insel ist eine Imperialismusphantasie, der ich nicht nachgehe. **Wovor hast du Angst?** Die Hoffnung zu verlieren, die ungerechten Machtstrukturen verändern zu können. **Welche Eigenschaften schätzt du an Menschen besonders?** Ehrlichkeit, Kritikfähigkeit, Empathie und Humor. **Wie lautet dein Lebensmotto?** Ich werde nicht länger akzeptieren, dass ich etwas nicht verändern kann. Ich ändere die Dinge, die ich nicht akzeptiere. (Angela Davis)

Furat Abdulle studiert Englisch und Philosophie an der Johannes Gutenberg-Universität Mainz. Sie ist in der Muslimischen Hochschulgruppe. 2017 hat sie die »Formiert Euch« Hochschulkonferenz organisiert, bei der Antidiskriminierungsarbeit und Dekoloniale Wissenschaften im Zentrum standen.

DISPUT fragt jeden Monat ein Mitglied unserer Partei nach dem vollen Ernst im richtigen Leben.

LINKER Terminkalender

Eine Auswahl aus dem Fahrplan 2018, den der Parteivorstand im Dezember verabschiedet hat

12./13.1.18	Jahresauftakt in der Kulturbrauerei (am 12.1. abends) und Gremiensitzung am Franz-Mehring-Platz 1 (am 13.1., 10–15 Uhr)
14.1.	Luxemburg-Liebknecht-Ehrung
18.1.	LandesgeschäftsführerInnenberatung
20.1.	Demonstration »Wir haben es satt«
26.–28.1.	Bundesweiter Workshop zur Kampagnenplanung in Elgersburg
Februar	Regionalforen zu Lage und Orientierung der LINKEN
22.2.	LandesgeschäftsführerInnenberatung
2.–4.3.	Beratung / Seminar junge Gewerkschafter U40
März–Juli	Gesprächsrunden und Abstimmungen zur Vorbereitung des Europawahl-Programms / Regionalforen zu Lage und Orientierung der LINKEN
2. März	Clara-Zetkin-Preisverleihung
3./4.3.	Bundesausschuss
8.3.	Aktionen zum Internationalen Frauentag
29.3.–2.4.	Ostermärsche
April/Mai/Juni	MultiplikatorInnen-Schulung Organisierende Arbeit
14./15.4.	Kreisvorsitzenden- und Aktionskonferenz
18.–22.4.	Frühjahrsakademie (Bildung)
27./28.4.	Fachkonferenz Neues Normalarbeitsverhältnis
1.5.	Tag der Arbeit
6.5.	Kommunalwahl Schleswig-Holstein
8.–10.6.	Bundesparteitag
23.6.	Fest der Linken mit Neumitglieder-Treffen (Berlin) / Bundesausschuss
1.9.	Antikriegstag
13.–16.9.	Linke Woche der Zukunft (Berlin)
22.9.	Proteste gegen Abtreibungsgegner
Herbst	Landtagswahlen in Hessen und Bayern
Herbst	Tag der Mitgliederverantwortlichen
Okt./Nov	Regionalkonferenzen Europawahl-Programm
Okt./Nov	Treffen »DIE LINKE hilft«
9.11.	Gedenken an die Pogrom-Nacht

Epochenbruch 1914–1923

Der Parteivorstand und die Historische Kommission der LINKEN laden ein zu einer Konferenz über Krieg, Frieden und soziale Revolutionen

Der Erste Weltkrieg, die russischen Revolutionen des Jahres 1917, die deutsche Novemberrevolution 1918, ihre Ausläufer in der revolutionären Nachkriegskrise bis zum Herbst 1923, die revolutionären Eruptionen in Ost- und Mitteleuropa, in Asien, Afrika und Lateinamerika – welche Erkenntnisse und Lehren können uns diese historischen Ereignisse heute noch vermitteln?

Dieser Frage wollen der Parteivorstand und die Historische Kommission der LINKEN nachgehen und laden deshalb zu der wissenschaftlichen Konferenz »Epochenbruch 1914–1923« nach Berlin ein. Namhafte Historikerinnen und Historiker – nicht nur aus dem Kreis der LINKEN – haben ihr Kommen zugesagt, unter ihnen Bernhard Baylerlein, Peter Brandt und Michael Buckmiller.

24. Feb. 2018, 9 bis 19 Uhr, Franz-Mehring-Platz 1, 10243 Berlin, Münzenbergsaal, ab 19.30 Uhr Konzert der Bolschewistischen Kurkapelle Schwarz-Rot

So geht politische Tragödie: Man bekommt qua Wahlen einen Auftrag von Bürgerinnen und Bürgern zur Regierungsbildung und vergeigt ihn dann. Und zwar gründlich. Die Grünen konnten es sich zwar gerade noch verkneifen, gänzlich mit den Neoliberalen ins Boot zu steigen, dafür verbogen sie sich aber so weit, dass sie zur Koalitions-Wunschpartnerin für die Kanzlerin wurden. Der Abgang von Christian Lindner »im Interesse des Landes« wird unvergessen bleiben. Die SPD marschiert erst lautstark in die Opposition, um dann, genauso lautstark, den altbekannten Schlingerkurs wieder aufzunehmen. Sollte es eine »Große Koalition« geben, wird sie nichts Großartiges vollbringen. Das hat sie bereits in den letzten vier Jahren unter Beweis gestellt.

Es boomen: Niedriglöhne und prekäre Beschäftigung. Laut Statistischem Bundesamt ist ein Fünftel der Bevölkerung von Armut oder sozialer Ausgrenzung bedroht. Das kann sich ein reiches Land wie Deutschland nicht leisten. Altersarmut oder Kinderarmut sollten angesichts der Höhe an Privatvermögen und Summen, die künftig vererbt werden, niemanden treffen. Wichtige, zukunftsweisende Entwicklungen hat die Kanzlerin ausgesessen. Wo bleibt das visionäre Konzept der Bundesregierung zur Digitalisierung? Und zwar eines, in dem nicht nur zur Kenntnis genommen wird, dass das Glasfasernetz ausgebaut werden muss und das Internet auch in strukturschwachen Gebieten funktionieren sollte, sondern in dem auch der Arbeitsalltag der Menschen eine Rolle spielt. Was passiert mit der realen Lebenszeit der Bürgerinnen und Bürger? Mit der Erreichbarkeit rund um die Uhr, die fast schon Normalität geworden ist?

Auf eventuelle Neuwahlen ist DIE LINKE vorbereitet. Inhaltlich, mit einem »LINKEN Fahrplan« für die nächste Legislaturperiode – und viel Tatendrang. Mit der Gewissheit, dass die Wählerin-



HARALD WOLF

**Wir sind
gut
vorbereitet**

nen und Wähler, die beim letzten Mal ihre Stimme der SPD gegeben haben, mittlerweile realisieren, dass es die soziale Wende in diesem Land nur mit der LINKEN geben kann. Denn, wie die Kanzlerin, steht auch die SPD für das »Weiterso« der sozialen Ungleichheit, der immerwährenden Begünstigung der Begünstigten. Während sich die Anderen also in einem schier ewigen Akt der Selbstfindung irgendwann vielleicht zu einer Regierungskonstellation durchringen werden, oder aber wir doch Neuwahlen angehen dürfen, macht DIE LINKE Politik.

Und so sieht sie aus: Wir haben uns überlegt, wie wir am besten die nächste Generation der Parteimitglieder einbinden wollen, da seit den Bundestagswahlen verstärkt Menschen im Alter zwischen 20 und 35 Jahren zu uns kommen. Sie kommen, weil sie in vielen Fällen die soziale Frage betrifft, sie kommen aber auch, weil sie, aus guten Gründen, den spürbaren Rechtsruck im Land nicht einfach so hinnehmen wollen. Diesem Rechtsruck wollen wir entgegentreten. Indem wir die Offensive des Zuhörens

und Organisierens weiterführen und die Menschen vor Ort genau da abholen, wo ihnen der Schuh drückt. Die Arbeit »gegen rechts« muss intensiviert werden durch die Unterstützung von Kampagnen vor Ort und parlamentarischer Intervention.

DIE LINKE wird ihre Bildungsangebote für Neumitglieder erweitern, und es wird weiterhin die bereits erfolgreiche Zukunftswerkstatt U35 (Unter 35) geben. Hier diskutieren wir, wie sich die Jüngeren DIE LINKE der Zukunft vorstellen, und wie sie diese Neuausrichtung mitgestalten können.

Auch mit der Zukunft Europas befassen wir uns intensiv: Wir beginnen im Frühjahr 2018 mit Gesprächen und Selbstverständigungsprozessen zur LINKEN Aufstellung der Europawahl. Dazu schaffen wir einen Debattenraum um linke Europapolitik, der DIE LINKE, die Europäische Linke und die gesellschaftlichen Linken, also Akteure aus sozialen Bewegungen, Sozialverbänden und Gewerkschaften angehören.

Zu guter Letzt zu meiner Person: Seit November bin ich in der Nachfolge von Matthias Höhn kommissarischer Bundesgeschäftsführer der LINKEN. Ich weiß um die Verantwortung der Position. Ich freue mich, sie ausüben zu dürfen, möchte stets zur konstruktiven, innerparteilichen Debatte beitragen und DIE LINKE für immer mehr Menschen zur ersten Wahl machen.

Harald Wolf ist kommissarischer Bundesgeschäftsführer der LINKEN.

Fotos: Erich Wehnert, DIE LINKE



Grundsatzprogramm der LINKEN, beschlossen am 23. Oktober 2011 in Erfurt:

»DIE LINKE lehnt eine Migrations- und Integrationspolitik ab, die soziale und politische Rechte danach vergibt, ob Menschen für das Kapital als »nützlich« oder »unnützlich« gelten. Wir wollen die soziale und politische Teilhabe für alle in Deutschland lebenden Menschen erreichen. DIE LINKE setzt sich für das aktive und passive Wahlrecht für jene ein, die ihren Lebensmittelpunkt in Deutschland haben, sowie für gleiche Rechte beim Zugang zum Arbeitsmarkt. (...) Schutzsuchende dürfen nicht abgewiesen werden. Wir fordern offene Grenzen für alle Menschen. (...) Wir fordern die Wiederherstellung des Grundrechts auf Asyl und kämpfen gegen die Illegalisierung von Flüchtlingen, gegen Abschiebungen, jede Form von Sondergesetzen.« ◀

Beschluss des Parteivorstands vom 2. Juli 2016 »Sechs Punkte für den Exit aus der Krise«:

»Bei der Flüchtlingspolitik versagt die Europäische Union und versagen ihre Mitglieder. Die EU besteht (noch) aus 28 Staaten, mit insgesamt 510 Millionen Einwohnern und einem Bruttoinlandsprodukt von rund 15 Billionen Euro. Es waren nicht die rund eine Million Schutzsuchenden, die im Zuge ihrer Flucht nach Europa im Jahr 2015 eine sogenannte „Flüchtlingskrise“ auslösten, sondern wir wurden vielmehr Zeugen, wie ein nationalistischer Furor in Kombination mit einer kaltherzigen Grenzschießung die Europäische Union in die tiefste Menschenrechtskrise ihrer Geschichte stürzten. Denn dass täglich Menschen im Mittelmeer ertrinken, dass Grenzen geschlossen, neue Mauern um die Festung Europas gebaut werden und sich Europa einem Despoten wie Erdogan unterwirft, oder mit autoritären Regimen in Afrika zur Flüchtlingsabwehr paktiert, liegt in der Verantwortung all jener nationaler Regierungen, die unter Missachtung der Genfer Flüchtlingskonvention und der europäischen Menschenrechtscharta zu keiner gemeinsamen solidarischen Flüchtlingspolitik bereit sind. (...) Europa muss all jenen, die vor Gewalt und Krieg fliehen ein Aufenthaltsrecht gewähren, das automatisch für die Zeit der Kriegshandlungen gelten sollte. Europa ist längst ein Kontinent der Einwanderung und braucht einen europaweiten Lastenausgleich zur Versorgung und sozialen Integration der Neuangekommenen. Das Dublin-III-Abkommen ist auszusetzen, Frontex muss aufgelöst werden. Das Asyl- und Aufenthaltsrecht kann nicht an die europäische Außengrenze abgeschoben werden, sondern gilt europaweit. Das unveräußerliche Recht auf Asyl muss europaweit in allen Mitgliedsstaaten wiederhergestellt und garantiert werden. Es braucht eine neue menschenrechtsbasierte europäische Migrations- und Einwanderungspolitik, die das Sterben an den Außengrenzen sofort beendet und legale Fluchtwege und Aufenthaltsrechte ermöglicht.« ◀

Antrag der Fraktion Die LINKE im Bundestag vom 15.07.2016 »Eine erfolgreiche Integrationspolitik erfordert eine soziale Offensive für alle«:

»Die Herausforderungen im Zusammenhang mit der Aufnahme und Integration Hunderttausender Geflüchteter haben noch einmal deutlich vor Augen geführt, wie groß die Kluft zwischen mangelhaftem sozialpolitischem Angebot und dem gesellschaftlichen Bedarf tatsächlich ist. Die Bundesregierung muss die notwendige Aufgabe einer erfolgreichen Integration der

Geflüchteten nutzen für eine grundlegende sozialpolitische Offensive und für mehr soziale Gerechtigkeit und Sicherheit für alle. (...) Die Politik der vergangenen Jahre hat bei der Beseitigung des Investitionsstaus ebenso versagt wie bei der Bekämpfung der zunehmenden Ungleichheit bei Einkommen, Vermögen und Bildungschancen. Überproportional betroffen sind dabei Migrantinnen und Migranten. Die jahrzehntelange Verweigerung einer Einwanderungs- und Integrationspolitik gegenüber der sogenannten ersten und zweiten Generation der Einwandererinnen und Einwanderer

hat zu fortwährenden und kumulierenden Benachteiligungen auch von jungen Menschen mit Migrationshintergrund geführt, die überproportional häufig aus Haushalten mit geringem oder keinem Erwerbseinkommen kommen. (...) Zur Wiederherstellung des Sozialstaates wirkt eine soziale Investitionsoffensive als ein wichtiger Bestandteil. Sie trägt entscheidend zu einer Umverteilung von oben nach unten bei und wird im Ergebnis zu einer gerechteren Verteilung des Wohlstands führen. So wird die Gefahr des Auspielens der Schwachen gegen die Schwäch-

ten in der Gesellschaft deutlich gemindert. (...) Wer suggeriert, Geflüchtete würden sich der Integration verweigern, vertieft diese Tendenz und spaltet die Gesellschaft. Migrantinnen und Migranten können nicht verweigern, was nicht im Angebot ist. Bereits seit Jahren mangelt es an flächendeckenden und ausreichenden Integrations- und Sprachkursen. Die Rechte der Eingewanderten zu stärken, statt sie zu beschneiden – das wäre ein echtes Willkommenssignal. Deutschland braucht keine Stimmungsmache, sondern eine soziale Integrationspolitik.« ◀

So sieht's aus

In der LINKEN hat die Diskussion über das Für und Wider eines Einwanderungsgesetzes begonnen, die auf den folgenden Seiten fortgesetzt wird. Wir dokumentieren wichtige Positionen der Partei zu diesem Thema

Bundestagswahlprogramm, beschlossen am 11. Juni 2017 in Hannover:

»Ein gutes Zusammenleben ist nicht voraussetzungslos. Eine auf Partizipation und Anerkennung basierende Gesellschaft braucht eine soziale Infrastruktur, die nicht privaten Profitinteressen, sondern dem öffentlichen Bedarf verpflichtet ist. Und sie braucht gleiche Rechte für alle Menschen, einen wirksamen Schutz vor Diskriminierung und die Möglichkeit, sich sozial, kulturell und politisch einzubringen. Wir sehen Integration als Aufgabe der gesamten Gesellschaft. (...) Gegen die Krise auf dem Wohnungsmarkt und den Verfall der sozialen Infrastruktur bleibt die Regierung untätig. In der Parallelgesellschaft der Reichen und Steuerflüchtlinge ist das egal: Auf eine öffentliche Infrastruktur und soziale Rechte ist man hier nicht angewiesen. Wir hingegen kämpfen für gleiche Rechte und eine soziale Offensive für alle. Das ist das beste Mittel gegen die Brutalisierung der Gesellschaft und reaktionäre Antworten auf die Krisen. DIE LINKE steht an der Seite aller, die für Bewegungsfreiheit, Grundrechte und soziale Gerechtigkeit für alle eintreten. Deutschland ist längst ein Einwanderungsland. Wir wollen die solidarische Einwanderungsgesellschaft gestalten. (...) DIE LINKE fordert umfassende Visaliberalisierungen bzw. eine Aufhebung der Visumpflicht. Wir wollen Kriege und Armut überwinden, gerechte Lebensverhältnisse schaffen und offene Grenzen für alle Menschen.« ◀

Diskussion im Parteivorstand

Der Parteivorstand hat in seiner Sitzung am 3. Dezember über den Vorschlag für ein Einwanderungskonzept diskutiert, den eine von den ostdeutschen Landtagsfraktionen der LINKEN eingesetzte Arbeitsgruppe vorgelegt hat. Das Konzept habe nicht das Ziel, Einwanderung zu begrenzen, erklärte Udo Wolf, Fraktionsvorsitzender der Linksfraktion im Berliner Abgeordnetenhaus. Jeder solle ein Recht auf Einwanderung erhalten, so dass nicht nur Reiche nach Deutschland kommen können. Die Bundestagsabgeordnete Sevim Dagdelen wandte sich gegen das Konzept. Sie schlägt vor, dass DIE LINKE kein Einwanderungsgesetz erarbeitet, sondern sich auf drei Kernpunkte konzentriert: soziale Integrationspolitik, die Wiederherstellung des Asylrechts und die Bekämpfung von Fluchtursachen. Viele Parteivorstandsmitglieder begrüßten, dass die Debatte über Einwanderung begonnen hat. Einigkeit bestand in der Frage, dass das

Asylrecht in Deutschland wiederhergestellt und ausgebaut werden muss.

Über die Frage, ob und wenn ja, wie Zuwanderung geregelt werden sollte, zeichneten sich drei Argumentationslinien ab. Die erste: Einwanderung soll über das Asylrecht hinaus möglich sein und gesetzlich mit einem Rechtsanspruch geregelt werden. Die zweite: Die geltende Programmlage soll nicht verändert werden, denn ein Einwanderungsgesetz die Forderung nach offenen Grenzen und das Nein zu Abschiebung in Frage stellen. Die dritte: Weitere Zuwanderung außerhalb des Asylrechts ist angesichts des gesellschaftlichen Klimas nicht vermittelbar. Eine Abstimmung zu diesem Thema gab es nicht.

Der geschäftsführende Parteivorstand wird bei der Vorstandssitzung im Januar Vorschläge für das weitere Prozedere der Diskussion vorlegen. Beiträge zur Debatte können Interessierte nachlesen unter www.die-linke.de/disput. Dort wird die Diskussion in den kommenden Monaten fortgeführt. ◀



Herrschende Logik brechen

Warum die ostdeutschen Linksfraktionen ein Konzept für ein Einwanderungsgesetz in Auftrag gegeben haben und welche Kernpunkte es enthält **VON LENA KRECK**

Der Münchner Hauptbahnhof ist zum Symbolbild der postulierten Willkommenskultur geworden, als im Sommer 2015 tausende Geflüchtete ankamen und freundlich in Empfang genommen wurden. Nunmehr sind mehr als zwei Jahre vergangen und DIE LINKE befindet sich mitten in einer Debatte, wie sie sich flucht- und migrationspolitisch aufstellen soll. Bisher hat sie es versäumt, ein umfassendes flucht- und migrationspolitisches Konzept zu entwickeln – obwohl Flucht und Migration für manche Teile der gesellschaftlichen wie parteipolitischen Linken zentrale Handlungsfelder sind, die migrantischen Kämpfe stärker werden und stärker wahrgenommen werden und obwohl DIE LINKE in ihren Fraktionen, in den Zusammenschlüssen und an der Basis fähige Flucht- und MigrationspolitikerInnen hat.

Das Parteiprogramm widmet sich in einem Abschnitt der Frage von Flucht und Migration. Hier wird Deutschland als ein Einwanderungsland beschrieben, es werden »offene Grenzen« und der diskriminierungsfreie Zugang zum Gesundheits- und Sozialsystem gefordert. Es ist in einer demokratischen Partei eine Selbstverständlichkeit, dass nicht jedes Mitglied jede Position teilt. Je weniger das Thema virulent ist und je weniger man sich inhaltlich in diesem Feld zu Hause fühlt, umso leichter fällt es, auch mal eine unliebsame Position mitzutragen. So war es vermutlich auch damals, als das Parteiprogramm verabschiedet worden ist. Heute ist mein Eindruck, dass dieser Text so nicht mehr beschlossen werden würde. Und das ist bedauerlich.

Wo stehen wir heute? Ich sehe die Partei in der Frage von Flucht und Migration in drei Lager geteilt. Zum einen gibt es jene mitunter sehr prominente PolitikerInnen, die einen repressiven Kurs zugunsten der deutschen ArbeitnehmerInnen fahren wollen. Die Idee ist: Je weniger Personen nach Deutschland kommen,

je kürzer sie bleiben, desto mehr bleibt für diejenigen, die hier leben. Konträr dazu wird die Position »Offene Grenzen« formuliert. Hier geht es vor allem darum, dass es als nicht förderlich eingeschätzt wird, Migration zu normieren. Jeder Einschluss bedeutet gleichzeitig einen Ausschluss. Wer sagt, wer kommen darf, sagt auch, wer draußen bleiben muss. Ich selbst rechne mich der dritten Gruppe zu. Es handelt sich um jene, die ein linkes Einwanderungsgesetz befürworten.

SPD, Grüne und FDP haben ihre Vorstellungen von einem Einwanderungsgesetz bereits in der Vergangenheit formuliert. Ohne ins Detail zu gehen, kann man zusammenfassend sagen, dass diese Konzepte gemein haben, dass sie stark auf Arbeitsmigration und auf Nützlichkeit orientieren. Wenn DIE LINKE sich zu einem Einwanderungskonzept bekennt, dann darf es meines Erachtens nur eines sein, dass radikal mit den derzeitigen Logiken kontrollierter und begrenzter Migration bricht. Ich möchte im Folgenden zentrale Punkte vorstellen, die ich mit anderen PolitikerInnen, PraktikerInnen und WissenschaftlerInnen in einer Projektgruppe, beauftragt durch die ostdeutschen Landtagsfraktionen der LINKEN, erarbeitet habe.

Flucht und Migration

Das Konzept haben wir bereits Anfang des Jahres 2017 vorgestellt. Wir sind immer mal wieder, in der Tendenz bis zur Bundestagswahl deutlich verhaltend, von Zusammenschlüssen der LINKEN eingeladen worden, um das Konzept vorzustellen. Dabei ist uns aufgefallen, dass es in der LINKEN recht wenig Wissen über das derzeitige Flüchtlings- und Migrationsrecht gibt. So werden Flucht und Migration immer wieder vermengt. In der Diskussion empfiehlt es sich

aber, diese Sphären voneinander zu trennen. Gemeinhin erfolgt die Trennung gerne über freiwillig (Migration) und unfreiwillig (Flucht). Das ist nicht zu empfehlen. Denn: Was ist im Kapitalismus schon freiwillig? Wichtiger erscheint es mir, zu verstehen, welche Rechtstexte einschlägig sind, um zu verstehen, an welchen Schrauben zu drehen ist. Für MigrantInnen ist das deutsche Aufenthaltsgesetz maßgeblich, wenn sie keine EU-BürgerInnen sind. Für EU-BürgerInnen ist das aus dem EU-Recht abgeleitete Freizügigkeitsgesetz maßgeblich. Die Rechte der Geflüchteten sind im Grundgesetz (allerdings nur noch als Schatten eines Asylrechts), in der Genfer Flüchtlingskonvention und in einigen EU-Rechtstexten wie der Qualifikationsrichtlinie und der Dublin-Verordnung festgehalten. Das deutsche Asylgesetz überträgt diese Deutschland bindenden internationalen Rechtstexte in nationales Recht. Die Aufenthaltstitel für Geflüchtete werden schlussendlich auch nach dem Aufenthaltsgesetz verliehen.

Was bedeutet das für unsere Diskussion? Dem Grunde nach hat sich Deutschland über internationale Verträge verpflichtet, Geflüchteten Schutz zu gewähren. Ein Flüchtling nach der Genfer Flüchtlingskonvention darf nicht in den Herkunftsstaat abgeschoben werden. Aus linker Sicht muss aber massiv kritisiert werden, dass die Betroffenen ihre Rechte im Asylverfahren nur unzureichend geltend machen können und dass Verletzungen von wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Menschenrechten nicht gewürdigt werden. Innerhalb der LINKEN sind sich diesbezüglich mindestens die Gruppe »Offene Grenzen« und die Gruppe »Einwanderungsgesetz« einig. Sicherlich ist es auch richtig, sich politisch dafür einzusetzen, dass Menschen in ihren Herkunftsstaaten nicht mehr verfolgt werden. Auch hier dürften die Dissense gering ausgeprägt sein.



Haarig wird es, wenn es um die Frage geht, ob und wie wir die legale Einreise ermöglichen wollen. Ich bin der Auffassung, dass wir aus zwei Gründen ein Einwanderungsgesetz fordern sollten. Erstens möchte ich MigrantInnen Rechte verleihen. Ich möchte, dass Menschen das Recht zur legalen Einreise haben. Sie sollen das Recht haben, Sozialleistungen zu beziehen. Sie sollen das Recht haben, die deutsche Sprache zu erlernen. Ich möchte, dass sie das Recht haben, einer Erwerbsarbeit nachzugehen. In der Projektgruppe haben wir mit unserer Beschreibung des Volks, nämlich eines »inklusive Wir, die wir hier leben«, verdeutlicht, dass wir nicht aufgrund von Staatsangehörigkeiten hinsichtlich der Rechte differenzieren wollen. Diese Rechte für MigrantInnen sind durch Gesetz zu verleihen. Zweitens halte ich es in der derzeitigen gesellschaftlichen Stimmung für zwingend erforderlich, ein seriöses Konzept vorzulegen, welches einen alternativen Kurs fährt. Ein Konzept, das sagt »Ja, wir erkennen an, dass wir in einer Einwanderungsgesellschaft leben und finden es gut. Deshalb stellen wir uns auf die Seite der Migrantinnen, um mit ihnen die Ausweitung ihrer Rechte zu erkämpfen.«

Wie oben erwähnt, ist der zentrale Rechtstext, wenn es um Migration geht, das Aufenthaltsgesetz. Bereits in Paragraph 1 reißt es die Maske vom

Gesicht: »Das Gesetz dient der Steuerung und Begrenzung des Zuzugs von Ausländern in die Bundesrepublik Deutschland.« Wir als »Projektgruppe Einwanderungsgesetz« haben uns gefragt: Kann man ein solches Gesetz als Ausgangspunkt für progressive Überlegungen machen? Wir meinen nein, denn uns schwebt ein Paradigmenwechsel in der Migrationspolitik vor. Migration werten wir nicht als Gefahr. Wir wollen Migration legalisieren und MigrantInnen Rechte zugestehen. Jede Person, die einen »sozialen Anknüpfungspunkt« vorweisen kann, soll einen Aufenthaltstitel bekommen. Dabei fassen wir den »sozialen Anknüpfungspunkt« so weit, dass man ihn auch so beschreiben kann: JedeR, die oder der hier als Teil unserer Gesellschaft leben will, soll dies

dauerhaft unter Zuerkennung aller sozialen (und auch politischen) Rechte tun. Wir haben diesen Gedanken zum Dreh- und Angelpunkt für unsere Konzeption für ein Einwanderungsgesetz gemacht. Herausgekommen ist ein komplexes Papier, das in drei Kapitel Vorschläge unterbreitet, wie Migrationsrecht, Flüchtlingsrecht und Staatsangehörigkeitsrecht neu zu stricken wären, will man sich progressiv in die gesellschaftliche Auseinandersetzung begeben. Es ist zum Beispiel unter www.zeitschrift-luxemburg.de abrufbar. ◀

Lena Kreck berät Geflüchtete und MigrantInnen im Aufenthalts- und Flüchtlingsrecht und war Teil der Projektgruppe für ein linkes Einwanderungsgesetz.

Nach einer Studie des arbeitgebernahen Instituts der deutschen Wirtschaft Köln (IW) steigt das Bruttoinlandsprodukt bis 2020 aufgrund zugezogener Geflohener um insgesamt rund 90 Milliarden Euro. Das entspricht etwa einem Prozent des Bruttoinlandsprodukts.





Positionen

Die Diskussion über ein Konzept für ein Einwanderungsgesetz der LINKEN hat viele Facetten. Einige davon beleuchten wir auf den nächsten Seiten

Ulla Jelpke: Gibt es das Richtige im Falschen?

Ein Einwanderungsgesetz regelt, wer kommen und bleiben darf – aber auch wer eben nicht. Vermehrt sehen sich Linke unter Zugzwang gesetzt, diesen selektiven Charakter eines Einwanderungsgesetzes mit emanzipatorischen Zielen vereinen zu wollen. Auch wenn sich DIE LINKE in ihrem Parteiprogramm explizit gegen eine Migrations- und Integrationspolitik gestellt hat, die »soziale Rechte danach vergibt, ob Menschen für das Kapital als »nützlich« oder »unnützlich« gelten«, beteiligte sich die linke Thüringer Landesregierung im Bundesrat an einem Entschließungsantrag für ein Einwanderungsgesetz. Darin heißt es: »Für die Sicherung des Wohlstands unseres Landes ist es unerlässlich, dass der Wirtschaft auch zukünftig die benötigten Arbeitskräfte zur Verfügung stehen.« Deutlicher lassen sich die Interessen des Kapitals an billigen, gut ausgebildeten Facharbeitern aus dem Ausland kaum formulieren.

Doch auch der Anfang des Jahres auf Initiative der ostdeutschen Linksfractionen von einer Projektgruppe erarbeitete Vorschlag für ein explizit »linkes Einwanderungsrecht« birgt ein grundsätzliches Dilemma: Um dem Ziel »offene Grenzen für Alle« nahe zu kommen, wurden einerseits extrem weite Kriterien für Bleiberecht angesetzt – schon die Mitgliedschaft in einem Verein soll als »sozialer Anknüpfungspunkt« ausreichen. Andererseits bleibt immer ein »Rest«, der dem nicht entspricht und in der Konsequenz abgeschoben werden müsste.

Das »linke Einwanderungsrecht« wäre außerhalb der kapitalistischen Realität ein diskutabler Vorschlag, aber im Moment ist es nicht durchsetzbar. Von daher stellt sich die Frage, ob es taktisch sinnvoll ist – denn ein solcher Gesetzentwurf würde rechten Einwanderungsgegnern innerhalb und außerhalb des Bundesta-

In der LINKEN besteht Einigkeit darüber, dass das Asylrecht wiederhergestellt werden muss, wir solidarisch mit Geflohenen sind und Fluchtursachen bekämpft werden müssen. Uneinigkeit gibt es über die Frage, ob es sinnvoll ist, einen Vorschlag für ein Einwanderungsgesetz vorzulegen. Im Folgenden begründen sechs Genossinnen und Genossen, warum sie für oder gegen ein Einwanderungsgesetz sind. Das ist erst der Anfang der Debatte, die wir auf den Internetseiten von DISPUT fortsetzen. Wir laden alle Interessierten ein, sich an der Diskussion zu beteiligen. Beiträge bitte an disput@die-linke.de.

ges unnötige Angriffsfläche bieten, ohne politischen Nutzen für die Linke zu versprechen.

Statt dazu beizutragen, in der Konsequenz restriktive Regelungen in Gesetzesform zu gießen, sollte DIE LINKE sich darauf konzentrieren, die Rechte von Einwanderern und Flüchtlingen auf sicheren Aufenthalt und Familiennachzug sowie ihre sozialen und demokratischen Rechte zu verteidigen und auszubauen. ◀

Ulla Jelpke ist Bundestagsabgeordnete und innenpolitische Sprecherin der Fraktion DIE LINKE

Tobias Schulze: Welche Antwort geben wir?

Bisher gibt es für Menschen, die nicht EU-BürgerInnen sind, kaum eine Möglichkeit, legal dauerhaft nach Deutschland einzuwandern. Entweder muss ein Status im Rahmen des Asyl- und Flüchtlingsrechts angestrebt werden,

was den aufwändigen und gefährlichen Weg über die bekannten Fluchtrouten erzwingt. Selbst wenn man es bis hierher geschafft hat, erreichen viel zu wenige einen angemessenen Schutzstatus. Die zweite Möglichkeit ist, eine Aufenthaltserlaubnis nach dem Aufenthaltsgesetz zu bekommen. Eine solche kann man zum Beispiel temporär als StudentIn, dauerhaft als EhepartnerIn oder als BeschäftigteR in einem so genannten Mangelberuf beantragen. Ganz grundsätzlich setzt jeder Aufenthaltstitel die eigenständige Sicherung des Lebensunterhalts voraus. Deshalb ist dieser Weg für jene nicht zu begehnen, die nicht über diese persönlichen oder finanziellen Ressourcen verfügen. Doch auch diese Menschen wünschen mitunter, in Deutschland leben zu können.

Wir als LINKE reagierten bislang auf Migrationsbewegungen mit der Forderung nach der Wiederherstellung des Asylrechts sowie nach der Bekämpfung von Fluchtursachen in den betreffenden Ländern. Beides ist richtig, aber nicht ausreichend. Die Frage, ob wir eine legale Einwanderung nach Deutschland jenseits des Asyl- und Flüchtlingsrechts wollen, ließen wir unbeantwortet. Wer die Grenzen für alle Menschen in Not öffnen will, muss auch sagen, über welchen politischen Weg er dieses Ziel erreichen will. Wir haben mit dem Einwanderungskonzept der ostdeutschen Landtagsfraktionen unter Mitarbeit von ExpertInnen einen Vorschlag zur Debatte gemacht.

Man kann auch der Meinung sein, dass die Grenzen nur für politisch Verfolgte und Kriegsflüchtlinge offen stehen sollen. Und dass eine weitere Öffnung erst in einer zukünftigen Welt der globalen Gerechtigkeit sinnvoll ist.

Wir hingegen meinen: Es ist genau umgekehrt. Weil die Bekämpfung globaler Ungerechtigkeit eben nicht von heute auf morgen gelingen kann, sollten wir als LINKE über eine soziale Einwanderungsgesellschaft und ihre



rechtliche Untersetzung diskutieren. Menschen klopfen an unsere Tür. Welche Antwort geben wir? ◀

Tobias Schulze schrieb am Konzept für eine linke Einwanderungspolitik mit und ist stellvertretender Landesvorsitzender der LINKEN in Berlin.

Cornelia Möhring: Wie kann ein Verständnis von solidarischer Gesell- schaft entwickelt und umgesetzt werden?

Bei einem linken Verständnis von Einwanderung, von Migration und von Integration geht es um nicht weniger, als um die Frage: wie kann ein Verständnis von einer solidarischen Gesellschaft jenseits von Nation und Staat entwickelt werden und vor allem - wie kann es umgesetzt werden? Damit solche Sätze nicht in blumiger Beliebigkeit verbleiben, sind wir gezwungen, über Schritte und Etappen nachzudenken, die vom hier und jetzt zu dieser Zukunft führen. Logisch, dass damit auch manche alte Gewissheiten herausgefordert werden. Solange es Grenzen gibt, grenzen diese aus. Wie schaffen wir also unter den Bedingungen von real existierenden Grenzen eine möglichst große Durchlässigkeit? Legale Wege der Einreise, damit Menschen, die aus welchen Gründen auch immer migrieren, einen sicheren Weg in dieses Land nehmen können? Niemand verlässt seine soziale Heimat ohne guten Grund!

Insbesondere für Frauen und Kinder stellt sich die Frage nach sicheren, weil legalen Einreisemöglichkeiten noch einmal dringender: Zu all den Gründen, warum Menschen ihre Heimat verlassen, kommen bei Frauen geschlechtsspezifische Diskriminierungen hinzu. Auf dem Weg in ein anderes Land sind Frauen und

Kinder sexualisierter Gewalt und Nötigung ausgesetzt. Über niedrigschwellige, unbürokratische Verfahren muss die Möglichkeit geschaffen werden, legal einzureisen, um hier vor Ort den Antrag auf Asyl oder Einbürgerung zu stellen. Dabei dürfen solche Verfahren nicht an materielle Bedingungen geknüpft werden, denn das hieße, einen Ausschluss von Armen, die es gerade am nötigsten haben zu migrieren, um sich an einem anderen Ort eine Zukunftsperspektive aufbauen zu können.

Darüber hinaus genügt es nicht, Menschen einreisen zu lassen und dann ihrem Schicksal zu überlassen. Frauen haben geschlechtsspezifische Bedarfe an Versorgung, Gesundheit, Beratung, beruflicher Qualifikation, Wohnraum. Sie sind doppelt diskriminiert durch Rassismus und Sexismus. Diese Benachteiligungen müs-

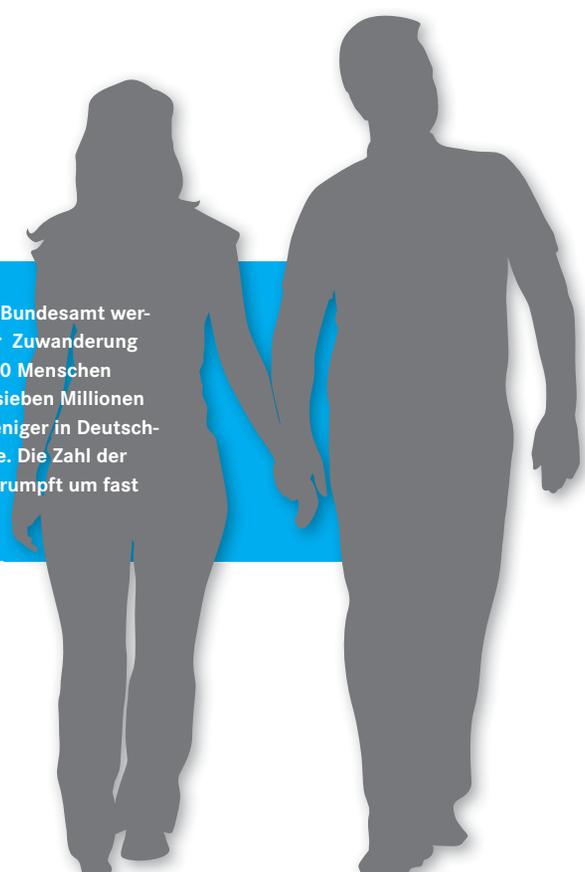
sen durch spezifische Angebote im Rahmen einer sozialen Offensive für alle aufgehoben werden. ◀

Cornelia Möhring ist Bundestagsabgeordnete und als frauenpolitische Sprecherin Mitglied im Fraktionsvorstand DIE LINKE

Janine Wissler: Abschiebungen haben in einem linken Konzept nichts zu suchen

Die Forderung nach einem Einwanderungsgesetz hat Hochkonjunktur. So erstaunlich weit gestreut wie das Spektrum der Parteien, die sich ein solches Gesetzeswerk auf die Fahnen geschrieben haben, sind auch die Hoffnungen, die damit verknüpft

Laut Statistischem Bundesamt werden selbst bei einer Zuwanderung von jährlich 200.000 Menschen im Jahr 2060 über sieben Millionen EinwohnerInnen weniger in Deutschland leben als heute. Die Zahl der Erwerbstätigen schrumpft um fast ein Viertel.



werden: Während es seitens der Wirtschaft und der anderen Parteien gefordert wird, um Zuwanderung zu begrenzen und sie nach Nützlichkeitswägungen zu steuern, gibt es innerhalb der LINKEN den Ansatz, dass man über ein Einwanderungsgesetz Möglichkeiten zur sicheren und legalen Einreise schaffen und die Situation von Migranten substanziell verbessern könnte. Ich sehe dieses Vorhaben skeptisch, weil ich nicht glaube, dass uns die Entwicklung eines linken Einwanderungsgesetzes diesen Zielen näherbringen wird.

An vielen Punkten besteht Einigkeit: Wir wollen sichere Fluchtwege schaffen, damit das Mittelmeer nicht zum Massengrab wird, das Asylrecht als Grundrecht wiederherstellen, Einbürgerungen erleichtern und Menschen Perspektiven bieten.

Dazu sollten wir konkrete Vorschläge machen: Eine aktive Familienzusammenführung beispielsweise könnte durch einfache Änderungen des bestehenden Rechts erleichtert werden. Die Vorrangprüfung durch die Bundesagentur für Arbeit zugunsten von Deutschen könnte dauerhaft abgeschafft, Aufenthaltsverfestigung und Einbürgerung durch geringfügige Änderungen des Aufenthalts- und Einbürgerungsgesetz erleichtert werden.

Für diese Maßnahmen, die dringend notwendig sind, ist kein großer gesetzgeberischer Wurf erforderlich. Notwendig ist – und daran mangelt es aktuell – der politische Wille, Einwanderung zu erleichtern und mehr legale Einwanderungswege zuzulassen.

Wenn DIE LINKE ein Einwanderungsgesetz vorlegt, würde das bedeuten – so sieht es zumindest das

vorliegende Konzept vor –, dass auch wir uns festlegen, wer einreisen darf, wer »legal« ist und auch, wer letztlich abgeschoben werden darf. Natürlich wäre das vorliegende Konzept für ein Einwanderungsgesetz eine enorme Verbesserung im Vergleich zum Status quo. Aber auch darin wird beschrieben, unter welchen, in der Tat sehr begrenzten, Bedingungen eine »zwangsweise Durchsetzung der Ausreisepflicht« zulässig ist.

Ich finde: Abschiebungen haben in einem linken Konzept nichts zu suchen. Im Erfurter Programm ist klar formuliert, dass DIE LINKE Abschiebungen ablehnt und davon sollten wir nicht abrücken.

Viel wichtiger und zielführender als ein umfassendes Einwanderungsgesetz, das ja ohnehin nicht in Kraft treten wird, ist es, dass wir darum kämpfen, die gesellschaftliche Stimmung zu verändern, praktische Solidarität mit Flüchtlingen zu organisieren und dort, wo DIE LINKE mitregiert, für einen Abschiebestopp zu kämpfen.

Dafür sollten wir uns einsetzen, statt uns über das Für und Wider eines Einwanderungsgesetzes zu streiten, das letztlich kaum mehr als eine symbolische Bedeutung haben kann. ◀

Janine Wissler ist Fraktionsvorsitzende der Linksfraktion im Hessischen Landtag und stellvertretende Vorsitzende der Partei DIE LINKE

Früher flohen Millionen Menschen wegen Armut oder politischer Verfolgung aus Deutschland. Heute verlassen rund 140.000 Staatsangehörige pro Jahr die Bundesrepublik. Die drei häufigsten Gründe sind der Wunsch nach neuen Erfahrungen, der Beruf und die Familie.

Sevim Dagdelen: Konzentration auf linke Kernpunkte

Immer wieder gibt es Anläufe, der Partei DIE LINKE ein Einwanderungsgesetz unterzubeln. Ob da am Ende ein »Punktesystem«, »Talentkarten« oder »soziale Ankerpunkte« als Kriterium für die Selektion derjenigen genannt werden, die kommen oder nicht kommen dürfen, und der-



jenigen, die bleiben dürfen oder abgeschoben werden sollen, ist dabei reine Wortakrobatik. Im Kern dreht sich die öffentliche Debatte um die verschiedenen Vorlagen zu einem Einwanderungsgesetz immer und ausschließlich darum, Anwerberegelungen für jene zu formulieren, die für die deutsche Wirtschaft von Nutzen sein sollen. Systematisch ausgeblendet wird dabei, was die gezielte Abwerbung gut Ausgebildeter eigentlich für die Herkunftsländer bedeutet. Der derart forcierte »Brain Drain« verbessert die Lage vor Ort nicht, er verschlechtert sie vielmehr.

Ein Einwanderungsgesetz meint immer Steuerung und Begrenzung. Da macht auch die »Konzeption für eine linke Flüchtlings- und Einwanderungsgesetzgebung«, ausgearbeitet von der Projektgruppe Einwanderung im Auftrag der Linksfraktionen der Landtage Berlin, Brandenburg, Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen keine Ausnahme. Das Papier kommt im Duktus eines realpolitischen Vorschlags daher. Tatsächlich ist es absolut weltfremd und lässt sich auf den Wunsch-Dir-was-Nenner bringen: Alle können kommen und dürfen bleiben. Ob das 20.000, 200.000 oder zwei Millionen Menschen im Jahr sind, bleibt unbenannt – und wird von der Kostenseite auch nicht durchgerechnet. Gleichzeitig wird die Einbindung der LINKEN in das Abschieberegime festgeschrieben. Damit macht sich DIE LINKE unglaubwürdig und lächerlich.

Statt sich weiter über ein überflüssiges Einwanderungsgesetz zu streiten, muss DIE LINKE auf die engagierte Verteidigung des Asylrechts fokussieren und sich um die Integration derjenigen, die hier leben, bemühen. Mit aller Kraft gilt es für die tatsächliche Bekämpfung von Fluchtursachen einzutreten. Dazu gehört der Stopp der Rüstungsexporte an Kriegsbrandstifter wie Saudi-Arabien und die Türkei. Und dazu ge-

hört ein Festhalten am Nein zu Militäreinsätzen. Die Interventionen im Irak, in Syrien, Libyen und Afghanistan haben Millionen Menschen zu Flüchtlingen gemacht. Es sind die zerstörerischen EU-Wirtschaftsdeals mit Ländern Afrikas, die Kleinbauern dort in den Ruin und ihre Familien in die Armut treiben. Vorrangiges Ziel linker Politik muss sein, mit dafür zu sorgen, dass weniger Menschen zu Flüchtlingen werden und deren Lebensbedingungen vor Ort zu verbessern. ◀

Sevim Dagdelen ist stellvertretende Vorsitzende der Fraktion DIE LINKE im Bundestag und Beauftragte für Migration und Integration

Jörg Schindler: Wir brauchen Regeln zur Teilhabe

Die Welt ist aus den Fugen. Und es ist so zynisch wie zutreffend, wenn Wolfgang Schäuble dazu sagt: »Die Flüchtlinge sind unser Rendezvous mit der Globalisierung«. Das zu kritisieren ist das eine. Wichtiger ist unsere Antwort hierauf. Diese kann sich nicht darauf beschränken, dass wir »uns darauf konzentrieren, das Asylrecht gegen eine immer weitergehende Aushöhlung zu verteidigen und uns der integrationsfeindlichen Blockade des Familiennachzugs entgegenstellen«, wie es im Thesenpapier der Vorsitzenden der Bundestagsfraktion vom 18.10.2017 heißt. Das ist viel zu wenig für eine linke Politik. Denn die Bundesrepublik ist seit langem schon ein Einwanderungsland. Die Vorstellung der Konservativen, dass die Bevölkerung nur aus jenen bestehen soll, die hier geboren sind, ist hanebüchen.

Zugleich ist es für uns als LINKE keine Option, an den deutschen Grenzen Menschen nach der wirtschaftlichen »Nützlichkeit« zu sortieren, die zu uns kommen wollen.

Aber die gesellschaftliche Auseinandersetzung muss durch uns trotzdem geführt werden: Dafür, dass Menschen zu uns kommen können, weil sie Schutz vor Verfolgung suchen, aber auch dann, wenn sie hier mit uns leben wollen, Freunde oder Familie hier haben, hier arbeiten oder studieren.

Deshalb brauchen wir als LINKE Antworten auf die Frage der Migration. Und zwar solche, die weltoffen und zugleich realistisch ist. Als Mitglied der Projektgruppe »Einwanderung« trete ich dafür ein, sozialistische Migrationspolitik konkret zu entwerfen. Wir orientieren darauf, Einwanderung zu ordnen, aber auch zu ermöglichen. Denn es kann keine Option sein, Grenzen zu schließen. Es kann aber auch keine Option sein, Menschen einwandern und ihrem Schicksal zu überlassen. Wir brauchen Regeln zur Teilhabe. Deshalb haben wir einen Vorschlag entworfen, der dem Leitbild eines »Wir, die wir hier leben (wollen)« folgt. Kernpunkt ist, dass Menschen, die soziale Beziehungen in der Bundesrepublik entwickeln wollen, ob aus Arbeit, Familie oder gemeinnütziger Tätigkeit, eine Aufenthaltserlaubnis erhalten und von einer Einwanderungsbehörde im ersten Jahr betreut werden.

Haben sich diese sozialen Anknüpfungspunkte verfestigt, sollen sie dauerhaft hier leben können und auch zügig die deutsche Staatsangehörigkeit als beste Form demokratischer Teilhabe erhalten. Das hört sich radikal an – ist es auch. Es benötigt auch eine gesellschaftliche Kraftanstrengung, nicht zuletzt finanziell. Es ist aber die einzig realistische und humane Alternative, wenn man vermeiden will, dass Menschen in Lagern vor den Toren Europas vegetieren müssen, im Mittelmeer ertrinken oder in eisigen Fluchtrouten erfrieren. ◀

Jörg Schindler schrieb mit am Konzept für eine linke Einwanderungspolitik und ist stellvertretender Landesvorsitzender der LINKEN in Sachsen-Anhalt.

Wagen wir es

Für eine LINKE, die über sich hinaus wächst. Ein Plädoyer dafür, Kontroversen in der Sache zu bearbeiten **VON KATJA KIPPING**

Mit dem Scheitern der Schwarzen Ampel ist offensichtlich geworden, dass keine der zwei alten Volksparteien ohne die andere eine Mehrheitskoalition bilden kann. Wir erleben also eine offene Situation, der wir uns voll Zuversicht stellen können. Voll Zuversicht auch deshalb, weil unsere Partei das Potential hat, viel größer zu werden und über sich hinauszuwachsen – zu



Parteichefin Katja Kipping: Wir müssen den Zeitgeist nach links verschieben

Foto: Mark Mühlhaus – attenzione photographers

einer linken Friedens- und Gerechtigkeitspartei für alle. Zur ersten Adresse für Abgehängte, Beschäftigte, KapitalismuskritikerInnen, Weltoffene, linke SozialdemokratInnen wie linke Grüne. Dazu müssen wir jedoch unsere Art, Konflikte zu bearbeiten, verändern.

In Zeiten von marktförmig verschlankten Redaktionen verkauft sich jeder Konflikt leichter als Machtkampf denn als inhaltliche Kontroverse. Insofern halten Medien nach solchen Erzählungen Ausschau. Wir aber sollten diesen medialen Theaterdonner nicht bedienen. Ich plädiere vielmehr dafür, dass wir die Kontroversen in der Sache aufmachen, statt

die Erzählung vom Machtkampf zu bedienen.

Die aktuellen Kontroversen unter uns sind schließlich auch Ausdruck eines Ringens. Wir zerren aneinander, weil wir uns gegenseitig von der richtigen Richtung überzeugen wollen. Ich meine, dass wir es nur zusammen können. Im Wesentlichen geht es um folgende vier Fragen in der Sache: 1. Wie umgehen mit den Rechten? 2. die Flüchtlingsfrage, 3. die Frage nach dem Charakter der Partei und 4. die Milieufolge.

Wenn wir das Verbindende mehr in den Mittelpunkt stellen als das Trennende, dann kann uns die Bearbeitung dieser Fragen in der Sache voran bringen. In diesem Sinne stelle ich im Folgenden meine Position zu diesen Fragen dar.

1. Zur AFD-Frage: Klare Kante gegen rechts, ohne dem liberalen Fahnenappell zu folgen

Unter keinen Umständen dürfen wir die Gefährlichkeit der rechten Hetzer bagatellisieren. Hier gilt es klare Kante zu zeigen. Zugleich sollten wir jedem wohlfeilen Appell widerstehen, wonach wir alle uns im Namen des Liberalismus gegen die Rechte zu vereinen haben. Nein, so einfach darf sich die LINKE nicht in die liberale Konsensdemokratie eingliedern lassen. Vielmehr sollten wir jene stellen, die die grenzenlose Freiheit der Ausbeutung und ungezügelter Reichtumsvermehrung befördern.

2. Zur Flüchtlingsfrage: Konkretisieren ja, korrigieren nein

Diese Frage möchte ich sowohl normativ als auch wahltaktisch bearbeiten. Normativ gilt, alle Menschen haben Rechte unabhängig von ihrer Herkunft. Schon deshalb sollte eine LINKE immer deutlich machen, die Grenze verläuft nicht zwischen Nationen sondern zwischen Klassen beziehungsweise zwischen oben und

unten. Zum gesellschaftlichen Kräfteverhältnis: DIE LINKE ist im Parteienspektrum die letzte verbliebene Bastion der Flüchtlingssolidarität. Wenn wir hier unsere Position korrigieren, wird dies nachhaltig die gesellschaftlichen Kräfteverhältnisse zu Ungunsten der Flüchtlingssolidarität verschieben.

Zum Wahltaktischen: Sobald als zentrale Konfliktdimension Deutsche versus Nicht-Deutsche aufgerufen ist, verlieren wir bei den Unentschiedenen. Fürs Gewinnen der Unentschiedenen gilt es vielmehr die sozialen Konfliktdimensionen zu stärken: Als Mieter gegen Miet-Haie, als Beschäftigte gegen Befristungen oder als Erwerbslose gemeinsam gegen Hartz-IV-Sanktionen. Eine Korrektur unserer Flüchtlingspolitik würde nur weiter die Konfliktlinie Deutsche versus Nicht-Deutsche stärken und uns wahltaktisch nicht helfen.

Sicherlich, im Einzelnen, zum Beispiel bei der Frage, wie wir die Vision Bewegungsfreiheit für alle angesichts des globalen kapitalistischen Ausbeutungsgefälle umsetzen können, können wir in demokratischen Prozessen Positionen konkretisieren.

Wir müssen uns auch deshalb nicht korrigieren, weil wir als einzige von Anfang an die Flüchtlingssolidarität eng verbunden haben mit dem Bekämpfen von Fluchtursachen und dem Einsatz für eine soziale Offensive für alle. Wir haben als einzige von Anfang an deutlich gemacht, dass die Herausforderungen der Flüchtlingssolidarität von den Superreichen zu finanzieren und nicht von den Armen wegzutragen sind.

Ja, in der Flüchtlingsfrage gilt es, sich dem aktuellen, rechten Zeitgeist entgegenzustemmen. Zu Hochzeiten des Neoliberalismus taten wir das auch. Das war nicht immer einfach. Letztlich hat unsere Standhaftigkeit dazu beigetragen, dass der Neoliberalismus in die Krise kam. Damals waren fast alle für Privatisierungen, heute hat es diese Position deutlich

NATO



Karikatur: Klaus Stüttmann

GEDANKENSTRICH

schwerer. Also lassen wir uns vom heutigen Zeitgeist nicht einschüchtern.

3. Zum Charakter der Partei: Für eine demokratische LINKE

Oskar Lafontaine hat nun die Idee einer neuen »Sammlungsbewegung« nach dem französischen Vorbild von Jean-Luc Mélenchon in die Debatte gebracht. Ich meine, dass eine linke Sammlungsbewegung in Deutschland bereits besteht: DIE LINKE. Nicht zuletzt bei der Zukunftswochen ging es vor zwei Jahren und wird es im September 2018 auch darum gehen, was wir von Podemos und der Momentums-Bewegung um Corbyn lernen können.

Doch sprechen wir darüber, was das Modell Mélenchon bedeutet. Es ist eine auf eine Person zugeschnittene Wahlformation. Solche Formationen haben gerade Konjunktur: Denken wir nur an Macron in Frankreich oder an die LISTE Kurz in Österreich.

Die Kehrseite von Mélenchons Erfolg ist, dass diese Bewegung von seiner Positionsfindung abhängig ist. Wer eine andere Meinung hat, für den gibt es kaum Möglichkeiten für

Widerspruch oder dafür, eine andere Meinung mehrheitsfähig zu machen. Zudem droht der politische Ansatz von Mélenchon, die Menschen nicht zu ermächtigen, sondern er spricht lediglich in ihrem Namen.

Gerade linke, emanzipatorische Parteien sollten als aktive Mitgliederparteien organisiert sein, in denen in demokratischen Verfahren um gemeinsame Positionen gerungen wird.

4. Zur Milieufrage: Gemeinsame Interessen betonen

Die Politik der Herrschenden basiert darauf, verschiedene Gruppen gegeneinander auszuspielen: Prekäre gegen Kernbelegschaft, Erwerbslose gegen illegalisierte MigrantInnen und so weiter. Aufgabe einer linken Kraft ist es, diesem Mechanismus entgegen zu wirken und vielmehr die gemeinsamen ökonomischen Interessen zu betonen.

Unsere Wahlstrategie sah vor, dass wir die verschiedenen Milieus ansprechen. Dementsprechend war auch unsere Praxis im Wahlkampf. Für mich hieß das zum Beispiel früh vors JobCenter, abends vors Kino und tagsüber zu Gewerkschaftsaktionen

oder in die Wohnviertel, wo ich bei Haustürbesuchen auch in Hausflure kam, in denen einen die Perspektivlosigkeit anspricht. Nun wird der Partei vorgeworfen, sie habe allein die Hipster angesprochen. Unsere Strategie wie Praxis widerlegen dies.

Es wäre kurzfristig, Milieus gegeneinander zu rechnen. Wir haben als einzige Partei die Chance, das zusammenzubringen, was diese Gesellschaft spaltet. Den weltoffenen Milieus müssen wir sagen: Eure Welt-offenheit ist nur dann eine Freiheit, wenn sie sozial gerecht für alle ist. All jenen, die sich von der Politik nur noch betrogen fühlen, müssen wir sagen: Wir werden eure Lage nur verbessern, wenn wir uns mit den Superreichen anlegen. Das Treten nach unten, gegen Flüchtlinge lenkt davon ab. Es wird keine soziale Gerechtigkeit ohne das Recht auf Verschiedenheit geben.

Wenn wir das zusammenbringen, was diese Gesellschaft auseinander treibt, haben wir das Potential, über uns hinaus zu wachsen. Wagen wir es. Für eine LINKE auf der Höhe der Zeit, die sich nicht vom Zeitgeist treiben lässt, sondern vielmehr diesen nach links verschiebt. ◀

30 Stunden sind genug

Arbeitszeit, die zum Leben passt. 2018 starten wir eine Initiative für ein Neues Normalarbeitsverhältnis **VON BERND RIEXINGER**

Wir produzieren so viel Reichtum wie nie. Trotzdem arbeiten Beschäftigte zu niedrigen Löhnen, mit langen Arbeitszeiten und unter Stress. Höchste Zeit für ein neues Normalarbeitsverhältnis.

43 Milliarden Menschen sind in Deutschland in Lohnarbeit beschäftigt, so viele wie noch nie. Das heißt aber nicht, dass alle gut über die Runden kommen. 40 Prozent der Beschäftigten haben heute weniger Einkommen als vor 15 Jahren. Die Profite der Unternehmen sind währenddessen gewachsen, genauso wie die Vermögen der Super-Reichen. Dieser Reichtum ist das Ergebnis einer verstärkten Ausbeutung der Arbeitskraft der Menschen. Viele Beschäftigte bekommen das direkt zu spüren: Der Lohn reicht oft nicht für ein gutes Leben, Druck und Stress auf der Arbeit nehmen zu, es muss immer mehr in weniger Zeit erledigt werden. Für viele wird es immer schwerer, Arbeit und Leben unter einen Hut zu bekommen. Sie wünschen sich mehr Zeit für Familie, Freunde, Erholung und gesellschaftliches Engagement. Das wäre möglich. Allerdings braucht es dazu einen grundlegenden Richtungswechsel.

Ein wichtiger Schritt auf dem Weg zu guter Arbeit für alle: mehr Mitbestimmung über die Arbeitszeit. Wie lange wir pro Tag und pro Woche arbeiten, hängt nicht nur mit den einzelnen Unternehmen, sondern auch mit den politischen Kräfteverhältnissen zusammen. Nach der Bundestagswahl waren etwa die sogenannten Wirtschaftsweisen schnell mit der Forderung zur Stelle, dass Arbeitszeiten noch flexibler werden müssen. Schon jetzt gehören mehr als zehn Stunden Arbeit pro Tag für viele zum Alltag. Allein in den Jahren 2015 und 2016 haben Beschäftigte über 2 Milliarden Überstunden geleistet, die meisten davon unbezahlt. Dem müssen wir etwas entgegen setzen. Das bedeutet, die Verkürzung der Arbeits-

zeit wieder auf die Tagesordnung zu bringen und gemeinsam mit den Gewerkschaften dafür zu kämpfen.

Von einer verkürzten Arbeitszeit und mehr Flexibilität, die den Beschäftigten nutzt und nicht den Unternehmen, würden viele profitieren – die Erzieherin genauso wie der Bandarbeiter, die Ingenieurin ebenso wie der Busfahrer. Die Chancen ste-

hen gut, dass darüber im nächsten Jahr wieder mehr diskutiert wird. Die IG Metall fordert zum Beispiel in der laufenden Tarifrunde der Metall- und Elektroindustrie nicht nur sechs Prozent mehr Lohn, sondern auch mehr Selbstbestimmung über die Arbeitszeit. Beschäftigte sollen die Möglichkeit haben, für bis zu zwei Jahre auf bis zu 28 Stunden pro Woche zu



Arbeiten fast bis zum Umfallen:

**So geht es nicht nur,
aber besonders Pflegekräften**

Foto: Michael Breyer

Die Broschüre zum
Neuen Normalarbeitsverhältnis
kann beim VSA-Verlag bestellt
werden:
<http://www.sozialismus.de>

reduzieren. »Arbeitszeiten müssen zum Leben passen – und nicht immer nur umgekehrt«, fordert die Gewerkschaft. Das ist ein richtiger Ansatz, den wir als LINKE unterstützen. Arbeit und Arbeitszeit müssen so organisiert werden, dass Arbeit und Leben, Verantwortung für Kinder und Zeit für Freunde, gesellschaftliches Engagement und Muße in Einklang gebracht werden können.

Mit dem Neuen Normalarbeitsverhältnis machen wir einen Vorschlag für selbstbestimmtere, kürzere Arbeitszeiten und für eine gerechte Verteilung der Arbeit. Im Moment leisten die einen Überstunden und sind permanent erreichbar, während die anderen keine oder nicht genug Arbeit finden. Wir schlagen daher eine kurze Vollzeit vor, die um die 30-Stunden-Woche kreist – mit selbstbestimmbaren Arbeitszeiten zwischen 28 und 35 Stunden.

Die Verkürzung der Arbeitszeit ermöglicht auch eine gerechtere Verteilung von Erwerbsarbeit, Sorge- und Hausarbeit zwischen den Geschlechtern. Teilzeitbeschäftigte müssen das Recht auf Arbeitsverträge mit mindestens 22 Wochenstunden haben. Wir wollen Arbeitgeber verpflichten, Überstunden und Schichtarbeit mit zusätzlichem Freizeitausgleich auszugleichen. Unser Prinzip lautet: Mehr Personal statt Überstunden! Dazu brauchen auch Betriebs- und Personalräte umfassende Mitbestimmungsrechte bei Personaleinsatz, Zielvorgaben und Arbeitsplanung.

Das alte Normalarbeitsverhältnis wurde nach dem Zweiten Weltkrieg von Beschäftigten und Gewerkschaften erkämpft. Es bedeutete Sicherheit gegen das Risiko von sozialem Abstieg. Es erlaubte, die Zukunft zu planen und die Grundlagen dafür zu legen, dass es den Kindern einmal besser geht. Dazu gehörte, eine unbefristete und gut entlohnte Vollzeitstelle zu haben, im Fall von Krankheit oder Arbeitslosigkeit abgesichert zu sein

und die eigenen Interessen durch einen Betriebsrat oder die Gewerkschaft vertreten zu können. Abgesicherte Arbeitsverhältnisse gibt es aber immer seltener. Stattdessen wurde in 25 Jahren neoliberaler Politik eine neue Normalität geschaffen. Viele Menschen arbeiten im Niedriglohnbereich, den die rot-grüne Koalition unter Schröder durch die Agenda 2010 massiv ausgebaut hat. 23 Prozent der Erwerbstätigen arbeiten in Minijobs, viele von ihnen und besonders häufig Frauen tun das unfreiwillig. Nur noch 51 Prozent der Beschäftigten im Westen und 37 Prozent im Osten fallen unter Tarifverträge. Nur wenn wir prekäre Arbeit und Niedriglöhne abschaffen und soziale Absicherung für alle erkämpfen, werden der ständigen Erpressung der Kernbelegschaften, dem Druck auf Löhne, Tarifverträge und die Rente wirklich dauerhaft Grenzen gesetzt.

Die Art und Weise, wie wir arbeiten, muss sich grundsätzlich ändern. Statt Niedriglöhnen und Dauerstress brauchen wir ein neues Normalarbeitsverhältnis. Unser Konzept für ein Neues Normalarbeitsverhältnis gilt für alle: Also Männer wie Frauen, MigrantInnen und Einheimische – ohne Ausnahmen. Es geht um Solidarität in einer sich immer weiter spaltenden Arbeitswelt. Unser Konzept ist geeignet, die Arbeitsbedingungen aller Beschäftigten zu verbessern; von den prekär Beschäftigten über Solo-Selbständige bis zu den Millionen Beschäftigten, die noch unbefristet arbeiten und unter den Schutz eines Tarifvertrags fallen.

Offensive

Natürlich kann unser anspruchsvolles Programm für ein Neues Normalarbeitsverhältnis nicht von heute auf morgen durchgesetzt werden. Veränderungen sind möglich, wenn es uns gelingt, die Mehrheit der Beschäftigten davon zu überzeugen, über politi-



sche Unterschiede hinweg. Dass das möglich ist, zeigt das Beispiel Mindestlohn.

Die gewerkschaftlichen Auseinandersetzungen zum Beispiel bei Amazon, über die Organisation von Leiharbeitern bis hin zu den Kämpfen für mehr Personal auf Flughäfen und in Krankenhäusern sind die Grundlage. Die Erfahrung der vergangenen Jahre ist aber: wichtige betriebliche und tarifliche Auseinandersetzungen führten durchaus zu Erfolgen, konnten den Prozess der Prekarisierung insgesamt jedoch nicht aufhalten. Diese Kämpfe werden kaum oder gar nicht gebündelt und es gibt derzeit zu wenig Bemühungen der Gewerkschaften, diese Kämpfe auf einer politischen Ebene zu führen. Deshalb braucht es dringend eine politische Kampagne der Gewerkschaften und ihrer gesellschaftlichen Bündnispartner, die von aktiven Beschäftigten getragen und unterstützt wird.

Unsere Initiative für ein Neues Normalarbeitsverhältnis soll dazu beitragen. 2018 wollen wir als ersten Schritt Gewerkschaften und Bewegungsinitiativen zu einer Konferenz einladen mit den Schwerpunkten Stärkung der Tarifbindung, Kampf gegen prekäre Arbeit und Dauerstress sowie neue Arbeitszeitinitiative. Die Diskussion über die Arbeitszeitverkürzung kann eine Gelegenheit sein, in die Offensive zu kommen.

Als LINKE können wir mit Veranstaltungen, Verteilaktionen und Diskussionen viel dazu beitragen, die Initiative bekannt zu machen. Für Veranstaltungen in Kreisverbänden stehe ich euch gerne zur Verfügung. ◀

Gegen das Kürzungsdiktat

Die Thüringer Politik hat sofort auf die Pläne von Siemens reagiert, massiv Stellen abzubauen. Ministerpräsident Ramelow steht an der Seite der Beschäftigten **VON PAUL WELLSOW**

Wer den Konzerngewinn um 600 Millionen Euro steigert und gleichzeitig droht, die Interessen der Belegschaft zu ignorieren, zeigt deutlich, dass kein Verständnis davon existiert, dass Eigentum nicht nur Renditen für Aktionäre, sondern auch Verpflichtung für Beschäftigte bedeutet, kritisierte der wirtschaftspolitische Sprecher der Linksfraktion im Thüringer Landtag, Dieter Hausold, die Ankündigung von Siemens, weltweit rund 7.000 Arbeitsplätze abzubauen, Standorte zu schließen und profitable Werke zu verkaufen. Die Entscheidung sei ein »Kürzungsdiktat«. Ende Oktober 2017 hat der Konzern Einschnitte in der Kraftwerkssparte angekündigt – darunter in Görlitz, Leipzig, Offenbach, Mülheim, Berlin und Erfurt.

Die Thüringer Politik holte das Thema sofort in den Landtag. In einer »Aktuellen Stunde« von Rot-Rot-Grün und der CDU wurde der Erhalt von Jobs und Standorten gefordert. DIE LINKE, SPD und Grüne stellten gemeinsam klar: »Wir erwarten von der Konzernleitung Verantwortung für die Beschäftigten und das nötige Bewusstsein für die gesellschaftlichen Aufgaben großer Unternehmen. Wir werden auf allen Ebenen entschiedenen Widerstand gegen die Ausgliederung oder Schließung einzelner Werke leisten!«

In Berlin protestierten Bernd Riexinger, Caren Lay und weitere LINKE Abgeordnete mit Beschäftigten gegen die Abbaupläne von Siemens Foto: DIE LINKE



Die Neuausrichtung von Siemens darf nicht auf dem Rücken Ostdeutschlands ausgetragen werden: Ministerpräsident Ramelow und die Thüringer LINKE solidarisieren sich mit den Beschäftigten Foto: DIE LINKE Thüringen

In Erfurt soll das hochproduktive Generatorenwerk mit etwa 700 Beschäftigten verkauft werden. Dagegen protestieren seit Wochen die Belegschaft und die IG Metall und erhalten breite Unterstützung. Ministerpräsident Bodo Ramelow (DIE LINKE) wandte sich schriftlich an die Konzernführung und stellte öffentlich klar, dass die Regierung solidarisch an der Seite der Beschäftigten steht. Auf der Abschlusskundgebung eines Schweigemarsches am 21. November 2017 mit etwa 1.200 Menschen sagte er: »Es kann nicht sein, dass die Neuausrichtung des Konzerns vor allem auf dem Rücken Ostdeutschlands ausgetragen wird.« Ramelow machte klar: »Es gibt nur eine Maxime: Millionen sind stärker als Millionäre! Wer nicht kämpft, hat schon verloren!«

Die Thüringer LINKE war seit der ersten öffentlichen Betriebsversammlung am 25. Oktober 2017 zur Unterstützung dabei. Die Vorsitzende von Landtagsfraktion und Landespartei Susanne Hennig-Wellsow erklärte in ihrer Rede vor der Belegschaft: »Wir lassen Sie hier nicht alleine stehen! Unsere Solidarität gilt Ihnen!« Auch bei den folgenden Betriebsversammlungen, die von der Belegschaft öffentlichkeitswirksam vor dem Betriebstor veranstaltet wurden, war DIE LINKE immer mit dabei – auch als sich am 17. November 2017 die Beschäftigten um 5.30 Uhr morgens vor dem Tor ver-

sammelten. Der Landtagsabgeordnete Rainer Kräuter schenkte neben einem wärmenden Feuerkorb Kräuter-Tee aus, bei der Thüringer Bundestagsabgeordneten Martina Renner gab es frischen Kaffee und die Landes- und Fraktionsvorsitzende verteilte Solidaritäts-Flyer. Kritische Debatten gab es, als sich am 21. November AfD-Abgeordnete in die Demonstration einreihen. Im Landtag hatte die Rechtspartei die Entlassungen und Schließungen noch als rein unternehmerische Entscheidung bezeichnet und eine Einmischung der Politik abgelehnt. GewerkschafterInnen, SozialdemokratInnen und LINKE drängten die AfD-Abgeordneten schließlich ab, doch da hatten die bereits ihre Fotos im Kasten. Betriebsrat und Gewerkschaften distanzieren sich später deutlich von der Teilnahme der AfD.

DIE LINKE fordert anlässlich der angekündigten Entlassungen bei Siemens erneut ein gesetzliches Verbot von Massenentlassungen bei profitablen Unternehmen. Die Thüringer Linksfraktion hat diese Initiative nun aufgegriffen und den Koalitionspartnern den Vorschlag gemacht, eine Bundesratsinitiative gegen »Massenentlassungen trotz Gewinnsteigerungen« zu starten. Neben unserer Solidarität muss DIE LINKE auch ihre politischen Möglichkeiten ausschöpfen, um Entlassungen und Kürzungen einen Riegel vorzuschieben. ◀

Mehrheiten nutzen

Der Bundestag muss nicht bis zu einer Regierungsbildung warten, um wichtige Entscheidungen zu treffen, sagt Linksfraktionschef Dietmar Bartsch

Der Vorsitzende der Linksfraktion im Bundestag Dietmar Bartsch wirbt dafür, die Mehrheiten im Bundestag unabhängig von einer Koalitionsbildung zu nutzen. Beispiel Aufhebung des Kooperationsverbots zwischen Bund und Ländern in der Bildungspolitik: Dafür sind neben der LINKEN auch Grüne, FDP und SPD. »Warum entscheiden wir das jetzt nicht?«, fragt Bartsch.

Wegen der schleppenden Regierungsbildung ist bislang im Bundestag nicht viel geschehen. Der Bundestag hat im November mit breiter Mehrheit gegen die Stimmen der LINKEN einen Hauptausschuss, einen Petitionsausschuss sowie einen Ausschuss für Wahlprüfung, Immunität und Geschäftsordnung eingesetzt. Die Linksfraktion forderte stattdessen, die im üblichen Parlamentsbetrieb arbeitenden Fachausschüsse zu bilden. Doch deren Aufgaben hat der Hauptausschuss übernommen, der Vorlagen berät und Beschlussempfehlungen für das Plenum formuliert.



Links – wo das Herz schlägt: Dietmar Bartsch und Sahra Wagenknecht
Foto: DIE LINKE im Bundestag

Dem Hauptausschuss gehören nur 47 Abgeordnete an. DIE LINKE stellt im Hauptausschuss fünf Mitglieder.

Sahra Wagenknecht, die gemeinsam mit Dietmar Bartsch die Linksfraktion führt, übt massive Kritik an der SPD, die möglicherweise doch in

eine große Koalition geht. »Statt dem Beispiel der britischen Labour Party unter Corbyns zu folgen und wieder Politik für die Mehrheit zu machen, hält die SPD an ihrer Agenda-Politik fest und bereitet so ihre nächste Wahlniederlage vor«, sagt sie. ◀

Anzeige

»Aufklärung ist der Ausgang des Menschen aus seiner selbst verschuldeten Unmündigkeit.«

Immanuel Kant, 1784

Dafür beziehen wir Tag für Tag mit faktenbasiertem Journalismus Stellung gegen »alternative Fakten« und Weichspülernachrichten.

Ein Abonnement lohnt sich. Egal ob digital oder gedruckt.
Mit dem »nd« jeden Tag hintergründig und kompetent informiert!



Exklusiv für AbonnentInnen:
Jeden Monat die Wirtschaftszeitung
OXI. WIRTSCHAFT ANDERS DENKEN
als Beilage im »nd«.

Jetzt Abo sichern:
www.neues-deutschland.de/abo
Tel.: (030) 29 78 18 00



neues deutschland
SOZIALISTISCHE TAGESZEITUNG

nd

In Vielfalt geeint

Die EU und viele Nationalstaaten sind in der Krise. Progressive Kräfte in Europa müssen sich auf ihre Gemeinsamkeiten konzentrieren und nicht auf das Trennende **VON GREGOR GYSI**

Mehr als 400 Teilnehmerinnen und Teilnehmer aus über 30 Ländern haben sich am 10. und 11. November in Marseille beim European Forum of Progressive Forces (Europäisches Forum der progressiven Kräfte) getroffen und über Wege zu einem demokratischen, sozialen, friedlichen und ökologisch nachhaltigen Europa diskutiert. Dabei lag der Schwerpunkt auf der Betonung der Gemeinsamkeiten und der dringend nötigen Vernetzung der europäischen Linken (EL). Inhaltlich ging es vor allem um Friedenspolitik, Arbeits- und soziale Rechte, Demokratie und Nachhaltigkeit.

Das Forum ist als ein Prozess angelegt und wird im kommenden Jahr mit einer zweiten Tagung fortgeführt werden, wie in der gemeinsam verabschiedeten Deklaration beschlossen wurde. Dort müssen wir versuchen, noch mehr Parteien und Organisationen anzusprechen, um eine Breite zu erreichen, die deutlicher über das Spektrum der EL hinausgeht. Teilweise ist dies schon gelungen, so waren Vertreterinnen und Vertreter des »Progressive Caucus« (u.a. Sozialisten aus Frankreich), von Labour und Left Unity aus Großbritannien und der SP aus den Niederlanden sowie von Grünen Parteien (u.a. aus Katalonien und Frankreich) anwesend. Ein erster Schritt zur Vernetzung einer breiten europäischen Linken wurde also gemacht, und die Presseresonanz war positiv, ist aber noch ausbaufähig.

Bezogen auf die Situation in Europa habe ich in meiner Rede beim Forum in Marseille hervorgehoben, dass die Einheit der Linken zwar schon oft beschworen und gefordert wurde, aber dass es diesmal wirklich darauf ankommt: Die EU und viele Nationalstaaten sind in einer existenziellen Krise, und die Demokratie, wie wir sie kennen, und das Zivilisationsprojekt Europa stehen auf dem Spiel. Die soziale Krise in der EU führte auch zur zunehmenden Spaltung der Bevölkerungen, und die so-



Gemeinsam für eine Politik der öffentlichen Investitionen und des sozial-ökologischen Umbaus streiten: Gregor Gysi bei seiner Rede in Marseille Foto: EL

ziale Ungleichheit der Menschen und ihre Ängste werden politisch ausgenutzt – europaweit. Dies hat zum Aufstieg der Rechtspopulisten beigetragen.

Es könnte sein, dass wir auf diese Epoche zurückschauen, und uns fragen, warum wir uns nicht zum gemeinsamen Kampf durchringen konnten in einer Zeit, in der offen faschistische und rechtsextreme Parteien in weiten Teilen der EU dramatisch zulegten und sich existenzielle Fragen der Demokratie in Europa stellten, zum Beispiel bezüglich der Einschränkung von Pressefreiheit und Gewaltenteilung.

Gegen Troika-Politik

Mein Appell war, dass wir uns darauf konzentrieren, gemeinsam für eine Politik der öffentlichen Investitionen und des sozial-ökologischen Umbaus zu streiten, was im radikalen Gegensatz zur Austeritätspolitik der Troika steht. Ich wollte mich dort nicht dazu äußern, ob wir mit einem »Plan A«

versuchen sollten, die jetzige EU zu reformieren oder einen »Plan B« entwickeln müssten, falls das erste nicht klappte. Mir ging es darum, dass diese Existenz eines sozialen und demokratischen Europas auf dem Spiel steht, doch zweitrangigen Fragen uns nicht spalten. Ich rief dazu auf, uns auf die Gemeinsamkeiten zu konzentrieren, nicht auf das Trennende!

Bezüglich der Situation in Griechenland gibt es jedoch manche, die sagen, die Regierung dort mache eine falsche, unsoziale Politik und habe sich dem Austeritätsdiktat der Troika angepasst. Es gibt da aber einen Riesen-Unterschied zum Beispiel zu den sich sozialdemokratisch nennenden Regierungen von Schröder in Deutschland und Blair in Großbritannien: Dort wurde der neoliberale Umbau des Sozialstaates zum Programm gemacht, und offensiv vertreten als »Politik der Mitte«, während Syriza die Austeritätspolitik klar ablehnt, dies auch öffentlich immer wieder betont, und trotzdem versucht, die dramatischen Folgen für die grie-

»Wir müssen uns leidenschaftlich streiten in kulturvollen politischen Debatten, aber am Ende des Tages zusammenstehen und nicht vergessen, wer die waren Gegner sind.«

chische Bevölkerung abzumildern, was sehr schwierig ist. Dabei stellte sich die folgende Frage grundlegend: Kann man bei einem gemeinsamen Markt den einzelnen Staat zur Abschottung gegen neoliberale Zumutungen nutzen? Das kann vielleicht in einem gewissen Maß gelingen, die Spielräume sind jedoch begrenzt.

Gerade abgehängte junge Menschen, die beispielsweise in südeuropäischen Ländern arbeitslos sind, brauchen den sozialen Schutzschirm eines solidarischen Europas. Die Nationalstaaten können dies nur sehr begrenzt leisten, gerade in schwächeren Volkswirtschaften und kleinen Ländern: Wie sollen Griechenland oder Luxemburg ernsthaft mit den USA oder Kanada über ein faires Handelsabkommen verhandeln, was soziale Standards berücksichtigt? Es ist also gerade auch im Interesse des unteren Drittels der Gesellschaft, dass es auf europäischer Ebene soziale Garantien und Mindeststandards gibt, denn sonst wird der brutale Wettbewerb kapitalistischer

Nationalökonomien auf dem Rücken der Schwächsten ausgetragen. Es ist die gemeinsame Aufgabe aller Linken, dies unbedingt zu verhindern.

Ich wies darauf hin, dass die Europäische Linke für ein soziales und ökologisches Europa kämpft – wir wollen auch glaubhaft ein Politikangebot machen, welches den Klimaschutz mit einer erheblichen Besserstellung ärmerer Bevölkerungsgruppen verbindet. Dann werden auch Mehrheiten für ein ökologisches Umsteuern möglich, und dies ist angesichts der Herausforderung des Klimawandels dringend erforderlich, denn dieser gefährdet die Lebensgrundlagen von Milliarden Menschen.

Das Forum von Marseille hatte zum Ziel, einen Prozess zu initiieren, bei dem wir als Linke gemeinsam mit progressiven Sozialdemokraten und Grünen, Gewerkschaften und sozialen Bewegungen daran arbeiten, ein breites Bündnis für ein anderes Europa aufzubauen. Es ist unsere Aufgabe, bei allen internen Widersprü-

chen, gemeinsam zu kämpfen. Wir müssen es schaffen, uns hinter einem »Minimalkonsens für ein soziales und solidarisches Europa« zu versammeln und dann, in Vielfalt geeint, in den Dialog mit der Gesellschaft zu treten.

Dafür brauchen wir vor allem den Mut zum Kompromiss – wir müssen uns leidenschaftlich streiten in kulturvollen politischen Debatten, aber am Ende des Tages zusammenstehen und nicht vergessen, wer die waren Gegner sind: die Neoliberalen und die Rechtspopulisten, zunehmend auch offen Rechtsextreme, die wir entschieden bekämpfen müssen. Der Geist des Faschismus ist längst wieder auferstanden und er wird nicht von alleine verschwinden – ihn zu bekämpfen muss unsere gemeinsame Aufgabe werden. ◀

Gregor Gysi ist Präsident der Europäischen Linken

Europäisch-lateinamerikanischer Dialog

Die Europäische Linke (EL) pflegt gute Kontakte mit dem lateinamerikanischen Foro Sao Paulo (FSP). Austausch, verstehen, linke Ideen und Strategien entwickeln, Solidarität und Dialog, der auch gern kritisch sein darf, stehen im Vordergrund. Das FSP wurde 1990 von linken und progressiven Kräften gegründet, um dem allgegenwärtigen Neoliberalismus etwas entgegen zu setzen. Ihm gehören mehr als 100 Parteien und Bewegungen aus 26 Ländern an: Es handelt sich um Regierungs- und Oppositionsparteien, die sich in ihrem politischen Ansatz sehr unterscheiden. Sie vereinigen sich deshalb unter dem Motto »Einheit in der Vielfalt«.

In Marseille trafen sich VertreterIn-

nen des FSP und der EL zum bereits zweiten Seminar, um über gemeinsame politische Ansätze, die Krise des Kapitalismus und Handlungsstrategien für die Linke in schwierigen Zeiten zu diskutieren. In Lateinamerika sind vielerorts Konservative und Rechte zurück an die Macht gekommen. Konkrete Unterstützung, wie für den Frieden in Kolumbien, war Ergebnis des Seminars. Der Frieden dort ist fragil. Eindrucksvoll schilderte Liliana Gaitán von der kürzlich gegründeten politischen Partei FARC, die aus der Guerillaorganisation hervorgegangen ist, die Schwierigkeiten des Friedensprozesses. Die Regierung kommt den im Friedensvertrag vereinbarten Verpflichtungen nicht nach. Vor allem geht das Morden weiter, findet aber kaum Beachtung.

Deutlich wurden bei dem Seminar die unterschiedlichen Ausgangslagen in Lateinamerika, der Karibik und Europa, aber auch gemeinsame Problemlagen. Hier soll 2018 bei einem dritten Seminar angeknüpft werden – dann auf Kuba, wo das nächste Treffen des Forum Sao Paul stattfinden wird. Katharina Tetzlaff



Aufbrechende Konflikte

Kamerun ist tief gespalten. Die Forderung nach einer unabhängigen Republik Ambazonien im Nordosten wird laut **VON KATRIN VOSS**

Die Situation in Kamerun spitzt sich dramatisch zu. Dennoch wird dem Land kaum Aufmerksamkeit in Deutschland geschenkt. Das verwundert, war doch Kamerun Teil des deutschen Kolonialreiches.

Durch die 1884 geschlossenen Grenzverträge zwischen den Briten und Franzosen mit dem deutschen Kaiserreich wurde Kamerun zur deutschen Handelskolonie. Bereits lange vorher sicherten sich deutsche Handelsvertretungen mit großangelegten Kakao-, Zuckerrohr- und vor allem Kautschukplantagen begehrte Güter für den deutschen und europäischen Markt. Dazu vertrieben die Kolonisatoren die einheimische Bevölkerung, mit Zwangsarbeit ließen sie die Infrastruktur für den Handel schaffen. Aufstände schlugen sie blutig nieder und an Kamerunern, die den deutschen Interessen zuwiderlaufende Ziele verfolgten, ließen sie blutige Exempel statuieren. Nach dem ersten Weltkrieg wurde Kamerun im Zuge des Versailler Vertrags und im Namen des Völkerbunds unter britische und französische Verwaltung gestellt.

Mit der Unabhängigkeit 1960 entschied sich ein kleiner Teil im Nor-



den des heutigen Kameruns bei einer Volksabstimmung gegen die Zugehörigkeit zur ehemaligen britischen Kolonie, dem heutigen Nigeria. Der Landstrich schloss sich der ehemaligen französischen Kolonie, dem heutigen Kamerun an. Das Land ist seit dieser Zeit gespalten: in einen größeren französischsprachigen Teil mit etwa 80 Prozent der Bevölkerung und in einem kleineren englischsprachigen Teil mit circa 20 Prozent der Bürger. Beide Sprachen sind offizielle Amtssprachen. Die Teilung in eine

britische und eine französische Verwaltung wirkt bis heute. Sie ist die Grundlage für die Konflikte.

In Kamerun leben rund 24 Millionen Menschen. Die frankophone Bevölkerungsmehrheit dominiert die anglophonen Bevölkerungsteile, und die Spaltung zwischen beiden Teilen vergrößert sich ständig. So ringt die Bevölkerung aus dem englischen Teil seit Jahren um gleichberechtigte Anerkennung. Immer wieder wird der Zentralregierung vorgeworfen, die englischsprachigen Landesteile schlechter zu behandeln. Dahinter verbirgt sich ein tiefer Konflikt, der sich in gewaltsamen Aktionen entlädt und in der jüngsten Forderung nach einer unabhängigen anglophonen Republik Ambazonien mündet. Ökonomischer Hintergrund ist, dass der anglophone Teil reich an Bodenschätzen ist.

Diktatur

Der 84-jährige Präsident Paul Biya, der aus dem frankophonen Landesteil stammt, führt Kamerun seit 35 Jahren mit fester Hand. Er ist erst der zweite Präsident Kameruns seit der Unabhängigkeit und ein Diktator mit demokratischem Schein. Durch Verfassungszusätze wurden Amtszeitbegrenzungen in Kamerun aufgehoben, so dass Biya 2011 seine sechste Amtsperiode antrat. Immer wieder wurden gegen ihn Vorwürfe wegen Wahlbetrugs erhoben.

Während seiner Amtszeit schuf Biya ein juristisches und politisches System, das dem eigenen Machterhalt dient. Bestechung, Repression und Manipulation der öffentlichen Meinung sind an der Tagesordnung. Oppositionelle Gruppen werden systematisch diffamiert und unterdrückt. Deshalb kann keine bedeutende organisierte Linke entstehen, und DIE LINKE hat dort keine offizielle Partnerpartei.

Kritisieren Kunstschaffende, Intellektuelle oder Journalisten den Prä-

Ein Bild aus besseren Tagen: Marsch zum Tag der Jugend im britischen Teil Kameruns – bevor das Schulsystem durch den Streik der Lehrer zusammenbrach Fotos: privat





sidenten, müssen sie mit Repressalien oder Verurteilungen rechnen. Vor kurzem hatte eine Moderatorin des Fernsehsenders Canal 2 einen Vertreter der Unabhängigkeitsbewegung der englischsprachigen Provinzen Kameruns eingeladen. Der Minister für Kommunikation machte der Moderatorin danach folgendes klar: »Wenn Sie die Sezessionisten hier zu Wort kommen lassen, werden Sie bald nicht mehr da sein!« Auf die Frage der Moderatorin, ob das eine Drohung sei, antwortete er: »Nein, ich sage Ihnen nur, was Sie zu tun haben. Wenn die Sezessionisten in Ihrem Sender reden dürften, dann werde ich ihn schließen.«

Wie problematisch die Lage ist, zeigt auch das Justizwesen. In den englischsprachigen Regionen wird das britisch geprägte Gewohnheitsrecht »Common Law« angewandt, im frankophonen Teil der französische »Code Civil«. In den vergangenen Jahren drängten zunehmend französischsprachige Anwälte in die anglophonen Gebiete. Verhöre und Prozesse wurden, trotz nicht vorhandener Sprachkenntnisse der Angeklagten und ohne Übersetzung, in französisch abgehalten. Es liegen bis heute keine Übersetzungen des französischen Rechts ins Englische vor. Damit hat die anglophone Bevölkerung keinen gesicherten Zugang zu ihren Rechten. Dies führte in der Vergangenheit zu vielen falschen Rechtsprechungen und entsprechendem Unmut. Anglophone Anwälte traten bereits im Oktober 2016 in den Streik, um auf die bestehende Situation aufmerksam zu machen. Diesem Streik schlossen sich die anglophonen Lehrer im November an – seitdem sind die Schulen dort geschlossen. In den Schulen spitzte sich die Situation zu. Der Staat entsandte frankophone Lehrer, die ausschließlich in französisch unterrichten. Die betroffenen Schülerinnen und Schüler konnten dem Unterricht nicht mehr folgen und Prüfungen nicht ablegen.

KAMERUN

Kamerun ist ein an Erdöl und Bodenschätzen reiches Land. Als Folge der globalen Wirtschafts- und Finanzkrise litt es an enormen wirtschaftlichen Einbußen, vor allem durch den Einbruch des Ölpreises. Durch den anhaltenden Export von Holz, Kakao und Baumwolle blieb Kamerun jedoch wirtschaftlich relativ stabil. Deutlich hemmender für die wirtschaftliche Entwicklung ist die hohe Korruptionsrate. Kamerun belegte einen der letzten Plätze im internationalen Vergleich des Corruption Perceptions Index, der für Korruption im öffentlichen Sektor steht.

Nach mehrtägigen, zum Teil harten Gewaltzusammenstößen im Dezember 2016, kam es zu einer Beruhigung mit der Hoffnung auf einen Dialog zwischen den Streikführern und der Regierung. Anfang Januar 2017 nahm die Regierung die Streikführer aber fest und lehnte ein Gespräch über eine politische föderale Alternative grundsätzlich ab, was mit großem Unverständnis aufgenommen wurde und eine Weiterführung der friedlichen Streiks zur Folge hatte.

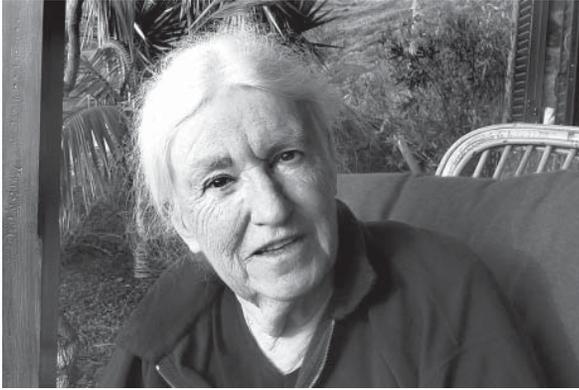
Bis Mitte 2017 waren die Proteste gegen die Dominanz der frankophonen Bevölkerung überwiegend friedlich. In jüngster Zeit entlädt sich die Frustration in den anglophonen Ge-

bieten gewaltsam. Beobachter sprechen von einer zunehmenden Radikalisierung. Immer mehr Menschen sterben oder werden verletzt durch Explosionen kleiner selbstgebastelter Sprengsätze. Gleichzeitig nimmt die polizeiliche Gewalt zu. In den betroffenen Provinzen werden Ausgangssperren verhängt. AugenzeugInnen berichten, dass Geisterstädte entstehen. Die Ausgangssperren werden wöchentlich an zwei bis drei Tagen verhängt, an denen Geschäfte und Behörden geschlossen bleiben und der Nahverkehr lahm liegt. Das soziale und wirtschaftliche Leben des ganzen Landes ist beeinträchtigt. Militär und Polizei sind sehr präsent, was nicht zu einer Deeskalation der Situation beiträgt. Verhandlungen werden von staatlicher Seite abgelehnt. Ebenso ist internationale Hilfe nicht erwünscht.

Boko Haram

Zu diesen Konflikten kommen Bedrohungen durch sunnitische Extremisten der Boko Haram im Norden des Landes. Sie sind im nördlichen Nachbarland Nigeria aktiv und agieren zunehmend auch in Kamerun. Die Destabilisierung der nördlichen Region spielt den Extremisten in die Hände. Hinzu kommen viele Flüchtlinge aus Nigeria nach Kamerun, um sich vor Boko Haram zu schützen.

Kamerun muss dringend zu demokratischen Strukturen zurückfinden. Ein alleiniger Austausch von Präsident Biya durch andere Vertreter der bisherigen politischen Elite – ähnlich wie in Zimbabwe beobachtbar – wird nicht ausreichend sein. Die derzeitige Dynamik der Konflikte in Kamerun ist enorm. Jedoch zeigt sich die politische Elite wenig verhandlungsbereit und reagiert mit Repressalien, was zu einer Verschärfung des Konfliktes führt. Die internationale Gemeinschaft ist gefragt, vermittelnd einzugreifen. ◀



Frigga Haug Foto: Argument-Verlag

■ ■ **Zum 80. Geburtstag:**

Frigga Haug, eine der bedeutendsten marxistisch-feministischen DenkerInnen der Gegenwart, ist am 28. November 80 Jahre alt geworden. Katja Kipping würdigt die Clara-Zetkin-Preisträgerin des Jahres 2013 in einem Beitrag der Tageszeitung »neues deutschland«: »Von Frigga habe ich auch gelernt, dass schon bei der Fragestellung die Weichen in die falsche Richtung gestellt werden können. Es reicht nicht allein zu fragen »Was ist? Sind die Menschen dafür oder dagegen?«. Eingreifendes Denken und Handeln beginnt mit den Fragen: Was soll sein und was können wir tun, damit es so wird?« Den vollständigen Text finden Interessierte unter www.neuesdeutschland.de.

■ ■ **Baden-Württemberg:**

Der Landesparteitag der baden-württembergischen LINKEN hat mit Blick auf die Kommunalwahlen 2019 ein Aufgabenpapier für 2018 beschlossen, in dem unter anderem Maßnahmen zum Parteiaufbau vor allem im ländlichen Raum vorgesehen sind. Um den Anteil der Genossinnen in Baden-Württemberg von jetzt 26 Prozent zu erhöhen, soll die Partei für Frauen

attraktiver gemacht werden, etwa indem bei Veranstaltungen auf familienfreundliche Zeiten geachtet wird. Außerdem wurden auf dem Parteitag Saskia Jürgens, Emre Ecevit und Lukas Bimmerle in den Landesvorstand nachgewählt.

■ ■ **Bremen:**

DIE LINKE in Bremen hat bei ihrem Landesparteitag im November die Streichung der Schuldenbremse aus der Bremischen Landesverfassung und zusätzliche Investitionen ins Bildungssystem gefordert. Zur inhaltlichen Vorbereitung der Bürgerschaftswahlen 2019 will DIE LINKE eine Reihe von Foren fortsetzen, in denen Mitglieder mit ExpertInnen Grundlagen für ein Wahlprogramm

erarbeiten. Neue Landesvorsitzende der Bremer LINKEN ist Cornelia Barth. Sie folgt auf Doris Achelwilm, die nach ihrem Wechsel in den Bundestag nicht erneut kandidiert hat. Als Landessprecher wurde Felix Pithan im Amt bestätigt, ebenso Birgit Menz als Schatzmeisterin und Tim Ruland als stellvertretender Landessprecher. Außerdem wurden Katrin Malek, Maja Tegeler, Heidemarie Schröder, Medine Yildiz, Ingo Tebje, Christoph Spehr, Mazlum Koc und Michael Horn in den Landesvorstand gewählt.

■ ■ **Mecklenburg-Vorpommern:**

Wenke Brüdgam und Torsten Koplín wurden auf dem Landesparteitag in Neubrandenburg zu neuen Landesvorsitzenden der LINKEN in Mecklenburg-Vorpommern gewählt. Die bisherige Landesvorsitzende, die Bundestagsabgeordnete Heidrun Bluhm, hatte nicht wieder kandidiert. Als

StellvertreterInnen für die neue Doppelspitze wurden Susanne Krone, Björn Griese und Dirk Bruhn bestimmt. Gabi Göwe wurde als Landesschatzmeisterin im Amt bestätigt. Weitere Landesvorstandsmitglieder sind Waltraud Bauer, Jacqueline Bernhardt, Nicco Burmeister, Marcel Eggert, Margit Glasow, Eva-Maria Kröger, Armin Latendorf, Thomas Möller, Gudrun Pach, Daniel Seiffert, Daniel Trepsdorf und Carmen Ziegler.

■ ■ **Saarland:**

Neuer Vorsitzender der saarländischen LINKEN ist Jochen Flackus, der auch Geschäftsführer der Linksfraktion im Saarbrücker Landtag ist. Die bisherige Landesvorsitzende Astrid Schramm hatte beim Landesparteitag im November in Völklingen nicht erneut kandidiert, der bisherige Landesschatzmeister Thomas Lutze ebenfalls nicht. Zu seinem Nachfolger wählten die Delegierten Manfred Schmidt. Stellver-

CLARA-ZETKIN FRAUENPREIS 2018

DIE LINKE.

Der Clara-Zetkin-Frauenpreis wird für herausragende Leistungen von Frauen in Gesellschaft und Politik verliehen.

Bewerbungen und Vorschläge für Projekte oder Initiativen bis 31. Januar 2018.
www.clara-zetkin-frauenpreis.de

Kuh vom Eis

tretende Vorsitzende sind Barbara Spaniol, Patricia Schumann und Andreas Neumann. Zum Landesgeschäftsführer wurde Leo Stefan Schmitt gewählt, Landesschriftführerin ist Michaela Both. Weitere Mitglieder des Landesvorstandes sind Andrea Neumann, Conny Kreuter, Viola Dörr, Vera Geisinger, Evi-ta Klaas, Gabriele Ungers, Karin Kiefer, Peter Kessler, Heinz Bierbaum und Elmar Seiwert.

■ ■ **Schleswig-Holstein:** Beim Landesparteitag in Itzehoe hat DIE LINKE Schleswig-Holstein die Landesvorsitzenden Marianne Kolter und Lorenz Gösta Beutin sowie Landesschatzmeister Rainer Konrad Bachmann im Amt bestätigt. Neue im Landesvorstand sind der jugendpolitische Sprecher Sebastian Todt sowie Claudia Hoffmann, Kerstin Schöneich und Thomas Möhring. Bestätigt wurden Gabriele Ritter, Sebastian Borkowski, bislang jugendpolitischer Sprecher, und Stefan Karstens

■ ■ **Thüringen:** Die Delegierten des Landesparteitags der LINKEN Thüringen in Ilmenau im November haben die Landesvorsitzende Susanne Hennig-Wellsow, ihre Stellvertreter Steffen Dittes und Bernd Fundheller sowie Landesgeschäftsführerin Anke Hofmann-Domke und Landesschatzmeister Holger Hänsgen im Amt bestätigt. Neue Mitglieder im Landesvorstands sind

Die Winterzeit beschwört immer wieder heimelige Bilder aus Kindertagen herauf: Vierschanzentournee mit Jens Weißflog (der Name war Programm) und Eiskunstlauf mit dem »schönsten Gesicht des Sozialismus« Katarina Witt. Draußen schneit es und dank moderner Technik läuft Katis Kür über den Bamer wohnzimmerwandgroß – zum Frühstück gibt es Kakao und Plätzchen, im Radio die Nachrichten und ich höre: »...nachts um 2 Uhr hatten wir dann die Kuh vom Eis!« Unsicher schaue ich zur Wohnzimmerwand ...

»Die Kuh vom Eis haben« ist eine Redewendung von weit vor Erfindung der Rinderoffenställe und meint, dass man eine schwierige Lage entschärft, einen Kompromiss gefunden hat, der – im Gegensatz zum Eis – tragfähig ist. In der Politik gern genutzt, wenn sich nach stundenlangen Verhandlungen ein Weg offenbart, der für alle gangbar ist.

Darüber hinaus impliziert die Formulierung die Schwere der Verhandlung, den harten Weg zur Lösung. Denn eine Kuh ist schwer – es wird behauptet, man könne Kühe nicht mal umschubsen – und wenn eine Kuh steht, dann steht sie. Und steht. Und steht. Wenn eine Kuh bei Massentierhaltung (eine Kuh macht Muh, viele Kühe machen Mühe) auf den zugefrorenen Weiher läuft, kann man sagen, man wartet auf den Frühling – dann löst sich das schon. War aber in früh-bäuerlicher Zeit die Kuh gleich DIE EINE Kuh, dann hatte man ein ernstes Problem, weil vielleicht das Überleben davon abhing.

Ich mag dieses Bild, auch weil es so simpel und irgendwie friedlich daher kommt. Klar kann man Situationen auch »entschärfen« – aber da schwingt potentiell Gewalt mit. Da ist die Dorfgemeinschaft, die kollektiv versucht, mit einem dicken Strick die Gescheckte vom Eis zu bekommen, sehr viel stimmiger – und stimmungsvoller. Und damit: Eine besinnliche Zeit »zwischen den Jahren«.

Daniel Bartsch

DISPUT stellt sich allmonatlich den Sprechblasenfragen unserer Zeit. Dafür die kleine Sprachglosse.

Doreen Amberg, Patrick Beier, Lissy Bott, Georg Buder, Cordula Eger, Doris Feuerbach, Katja Kleimenhagen, Daniel Starost und Michaela Sojka. In den Landesvorstand wiedergewählt wurden Sabine Berninger, Sascha Bilay Markus Gleichmann, Mario Hesselbarth, Angela Hummertsch und Arif Rüzgar.

■ ■ **Bayern:** Die Landesgeschäftsstelle der LINKEN in Bayern ist mit dem Preis »Barrierefreiheit – das muss drin sein« der Bundespartei ausgezeichnet worden. Landesgeschäftsführer Max Steinger: »Unser Eingangsbereich hat zwei Stufen. Damit auch mobilitätseingeschränkte Menschen zu uns kommen können, haben wir uns eine mobile Teleskoprampe zugelegt. Außerdem konnten wir mit dem Vermieter vereinbaren, dass eine der beiden Toiletten barrierefrei um- und breitere Türen eingebaut wurden.

■ ■ **Nordrhein-Westfalen:** Das Landesverfassungsgericht NRW hat im November nach der Klage der LINKEN und anderer die Sperrklausel von 2,5 Prozent bei Kommunalwahlen gekippt. »Das Urteil ist eine Klatsche für SPD, CDU und Grüne im Landtag, die nicht belegen konnten, wieso eine Einschränkung der politischen Rechte der Bürgerinnen und Bürger in den Kommunen gerechtfertigt ist«, sagte der Landessprecher der LINKEN Christian Leye.

Die »Rote Kapelle«

Am 22. Dezember 1942 ließ das Hitler-Regime in Berlin-Plötzensee die ersten elf Mitglieder einer breiten antifaschistischen Widerstandsorganisation ermorden **VON RONALD FRIEDMANN**

Die Hinrichtungen an diesem 22. Dezember 1942 waren exakt geplant: Zwischen 19.00 und 19.20 Uhr wurden Rudolf von Scheliha, Harro Schulze-Boysen, Arvid Harnack, Kurt Schumacher und John Graudenz im Vierminutentakt erhängt. Bereits am 15. Dezember 1942, dem Tag des Prozessauftaktes, war auf persönliche Anweisung Hitlers im Hinrichtungsraum des Gefängnisses in Berlin-Plötzensee ein Stahlträger mit Fleischerhaken angebracht worden, um entgegen den bis dahin geltenden gesetzlichen Bestimmungen Todesurteile durch Erhängen als besonders »entehrende« Strafe vollstrecken zu können. Zwischen 20.18 und 20.33 Uhr starben Horst Heilmann, Hans Coppi, Kurt Schulze, Ilse Stöbe, Libertas Schulze-Boysen und Elisabeth Schumacher im Dreiminutentakt unter dem Fallbeil.

Die elf an diesem Tag Ermordeten hatten zu einem losen Zusammenschluss von mehreren antifaschistischen Gruppen gehört, die – unabhängig voneinander – bereits seit 1933 auf unterschiedliche Weise Widerstand gegen das Naziregime geleistet hatten. Unter dem Eindruck des begonnenen Zweiten Weltkriegs und der akut drohenden Gefahr eines Krieges gegen die Sowjetunion fanden diese Gruppen in den Jahren 1940 und 1941 auf der Grundlage persönlicher, von großem gegenseitigem Vertrauen getragener Kontakte schrittweise zusammen und bildeten schließlich ein antifaschistisches Netzwerk, das etwa 150 Personen umfasste, unter ihnen sehr viele Frauen. Mehr als 70 von ihnen bezahlten ihren Mut mit dem Leben: Bis zum Herbst 1943 wurden 65 Todesurteile vollstreckt, vier Männer begingen in der Haft Selbstmord, um keine Mit-

kämpfer zu verraten, und mindestens vier weitere Widerstandskämpfer wurden ohne Prozess ermordet.

Die Mitglieder dieser informellen antifaschistischen Organisation gehörten verschiedenen, ja gegensätzlichen sozialen Schichten an und vertraten sehr unterschiedliche weltanschauliche Positionen. Unter ihnen gab es Intellektuelle, Ministerialbeamte, Künstler und einfache Arbeiter. Sie alle einte die grundsätzliche Ablehnung von Faschismus und Krieg.

Flugschrift verschickt

Zunächst beschränkte sich ihr Wirken auf offene Diskussionen im kleinen Kreis über künstlerische und weltanschauliche Fragen, über die politische Lage und die Entwicklung in Deutschland sowie die Perspektiven für die Zeit nach dem Ende der Hitlerdiktatur. Sehr bald nahm der Widerstand konkretere Formen an. Es entstanden Dokumentationen, in denen akribisch Informationen über die Verbrechen des Naziregimes ge-

liefert wurden. So wurde im Februar 1942 eine Flugschrift mit dem Titel »Die Sorge um Deutschlands Zukunft geht durch das Volk« in mehreren hundert Exemplaren per Post an zufällig ausgewählte Empfänger innerhalb Berlins versandt. In der sechsseitigen Schrift, die von Harro Schulze-Boysen, einem Offizier im sogenannten Luftwaffenführungsstab, und John Sieg, einem Kommunisten, gemeinsam verfasst worden war, hieß es unter anderem: »Ein Endsieg des nationalsozialistischen Deutschland ist nicht mehr möglich. Jeder kriegsverlängernde Tag bringt nur neue unsagbare Leiden und Opfer. Jeder weitere Kriegstag vergrößert nur die Zechen, die am Ende von allen bezahlt werden muss.« Und: »Das deutsche Volk braucht eine sozialistische Regierung der Arbeiter, der Soldaten und der werktätigen Intelligenz. Nur durch das entschlossene Zusammengehen der volksverbundenen Kräfte in der Wehrmacht mit den besten Teilen der Arbeiterklasse und der Intelligenz kann der herrschenden Partei das Heft aus der Hand gerissen werden.«

Die Geheime Staatspolizei, die Gestapo, bezeichnete dieses Netzwerk als »Rote Kapelle«. Man ging in der Prinz-Albrecht-Straße fälschlicherweise davon aus, dass das Berliner Netzwerk Teil einer umfassenden sowjetischen Spionageorganisation war, die sich bis weit nach Westeuropa erstreckte. Tatsächlich hatten Arvid Harnack und Harro Schulze-Boysen wichtige militärische Informationen an den sowjetischen Nachrichtendienst weitergegeben, so den bevorstehenden Termin des deutschen Überfalls auf die Sowjetunion. Doch sie taten das nicht als »gedungene Vaterlandsverräter«, sondern als Patrioten, die ihr Land vor dem drohenden Untergang bewahren wollten. ◀



sammelt wurden, und es wurde Hilfe für politisch und rassistisch Verfolgte organisiert. Vor allem jedoch wandten sich die Mitglieder des Netzwerkes nun auch mit Flugblättern, Klebezetteln und Briefen an die Öffent-



Die Mannschaft, die mit schwarz-gelb-grünen Wimpeln zur Suche eines Seeweges nach Jamaika aufbrach, wurde kurz vor dem Ziel gestoppt. Nicht, weil ein Felsenriff im Weg stand. Nein, weil der Leiter der gelben Reisegruppe plötzlich auf die Kommandobrücke sprang, eine Admiralsmütze aufsetzte und rief: »Mal herhören, Leute! Die Fahrt ist beendet. Wir kehren um!« Das löste unter den schwarzen und grünen Mannschaftsteilen zunächst einen Schock und dann laute Empörung aus: »Wie kommt der gelbe Wackel-Dackel dazu, unser Schiff zu stoppen? Wer gab dem die Admiralsmütze?« Worauf der Mann rief: »Diese Mütze haben mir unsere Wähler verliehen. Wir sind doch die Einzigen, die hier mit einem Wahlsieg an Bord kamen!« »Na schön«, rief man ihm zu, »dann hätten sie den Kahn ja auch geradeaus weitersteuern können. Oder waren ihnen die Grünen zu grün?« »Unsinn!«, sagte der Bremsklotz. »Die schwarzen Brüder steuerten doch genauso blind in die falsche Richtung.« »Soso! Und wer sagt, dass wir alle den falschen Kurs steuern?« »Ich sage das – in Übereinstimmung mit unseren amerikanischen Freunden, deren U-Boote uns übrigens seit Guantanamo in Tauchfahrt begleiten! Vor einer Stunde

bekam ich deren Warnung in meine Kabine.« Nun fragte eine grüne Lady entsetzt: »Steht der Kerl unter Drogen?« Worauf der selbsternannte Admiral seinen Ego-Trip wie folgt begründete: »Wie wir alle spüren, sind wir von Herbststürmen umzingelt: Bankenkrise, Handelsschlachten, schlimme Energie- und Klimaprognosen, Terrorakte, Kriege und 60 Millionen Menschen auf der Flucht. Dazu immer mehr Großfrachter aus China, soziale Revolten an allen Ufern und falsche Zugeständnisse in allen Zeitungen. Aber hier an Bord spielen wir mit Windrädern, versenken wir Dieselaautos, hören wir Märchen aus vergangenen Zeiten, und unsere Steuerfrau singt uns ihr Schlaflied vom »Weiterso!« Das geht nicht! Davon profitiert doch das Linksbündnis, das uns im Nacken sitzt! Der Kurs muss geändert werden, sonst siegen die Braunen als Retter der Nation!« Da fragten die anderen ratlos: »Kurswechsel – wohin denn und mit wem?« »Na nach rechts, wo unsere Freunde stehen! Aber erst mal Ballast abwerfen: Die Reichensteuer muss von Bord! Der »Soli« gleich hinterher. Keine Schulden für Sozialausgaben! Keine

Haftung für die Kredite lahmer EU-Staaten! Keinen Tempo-Ausstieg aus Atom- und Kohlestrom. Keinen übereilten Klimaschutz mit Prämissen für Elektro-Karren. Ich sage: Besser *nicht* als falsch regieren!« Zwischenruf: »Haben Sie das im Weißen Haus bei Herrn Trump abgeschrieben oder beim Siemens-Vorstand und der Auto-Mafia, die uns Knüppel zwischen die Beine werfen?« Worauf der Admiral seine Mütze gerade rückte und rief: »Ich sage ihnen, was ich im Weißen Haus gehört habe: »Wir brauchen keine linken Utopien aus Europa, sondern eigene Garantien, dass die Globalisierung unsere nationalen Interessen bedient. Dafür die klügsten Köpfe, schnellsten IT-Netze und stärksten Waffen. Sonst müssen wir alle eines Tages chinesisch lernen!« So hört sich das in Washington an. Drum sage ich: Ohne mich! Gute Heimfahrt. Mein Hubschrauber bringt mich gleich nach Florida!« Nun mussten sich einige Passagiere an der Reling übergeben. Aber das kam wohl aus dem Vorgefühl künftiger Debatten zur Großen Koalition, die ja doch immer wie eine Beisetzung der Demokratie wirkt.

JENS JANSEN

**Abenteuer
auf
hoher See**

Illustration: Ale Sund

Der Sammler

Tobias Bank hat eine ungewöhnliche Passion: Er organisiert Ausstellungen mit Dingen aus der DDR und macht so neugierig auf ein untergegangenes Land **VON ANJA KRÜGER**

Als er seine erste Ausstellung organisiert hat, hatte er gerade die Grundschule hinter sich. Seit 20 Jahren trägt Tobias Bank Gebrauchsgegenstände, Plakate, Orden und Abzeichen zusammen, die er regelmäßig der Öffentlichkeit präsentiert: Der 32-Jährige sammelt mit großer Leidenschaft Dinge aus der DDR.

Geweckt wurde diese Passion, als in seiner Ost-Berliner Grundschule große Lineale, Malfarben und etliche andere Lehrmaterialien auf die Flure gestellt wurden. »Die Lehrer haben alles aussortiert, was nach DDR aussah«, erinnert er sich. Die Sachen sollten weggeworfen werden, obwohl sie noch brauchbar waren. Tobias Bank entdeckte in den Bergen eine große Rolle mit dem Text des »Pioniermarschs«, einem Kinderlied mit der Anfangszeile »Wir tragen die blaue Fahne«. Er fragte den Hausmeister, ob er die Rolle mitnehmen durfte. Der verwies ihn an den Schuldirektor. »Ich durfte die Rolle mitnehmen, aber es niemandem sagen«, berichtet Tobias Bank. Versteckt unter seiner Jacke brachte er die Rolle nach Hause.

In den frühen 90-er Jahren stand viel Inventar aus Wohnungen, Einrichtungen und Betrieben der Deutschen Demokratischen Republik auf den Straßen Ost-Berlins, das niemand mehr haben wollte. Tobias Bank fand dort etliches, was er viel zu schade zum Wegwerfen fand. Dann begann er, auf Trödelmärkte zu gehen. Auch dort fand er Orden, Gebrauchsgegenstände, Fahnen, Medaillen, Vasen oder Wimpel. Seine erste Ausstellung, die in einem privaten Raum bei seiner Großmutter in Storkow stattfand, kreiste um das Thema deutsch-sowjetische Freundschaft und zeigte vor allem Auszeichnungen. »Das ist gut angekommen, und das hat mich ermuntert, weiter zu sammeln«, sagt er.

2006 organisierte er eine erste öffentliche Ausstellung. Sie fand im Museum in Ketzin im Havelland statt. 1999 war er von Berlin nach Brandenburg gezogen, wo er noch immer lebt. Weitere Ausstellungen folgten, ein bis zwei im Jahr organisiert er mittlerweile. Sie drehen sich stets um ein Thema oder einen Werkstoff wie Porzellan, das für Medaillen oder Vasen verwendet wurden, die etwa für Jubiläen wie »Fünf Jahre deutsch-sowjetische Freundschaft« an Betriebe oder Arbeitskollektive vergeben wurden. Heute sucht er auch im Internet. Mitunter bekommt er auch Spenden von Genossinnen und Genossen, die ihre lieb gewonnenen DDR-Produkte nicht weg-

werfen möchten. »Oft wissen sie nicht, wohin mit ihren alten Schätzen«, sagt er. Sie freuen sich, jemanden gefunden zu haben, der die Dinge zu würdigen weiß. »Es geht nicht um Nostalgie«, betont er. »Die Besucherinnen und Besucher

der Ausstellungen kommen aus Neugier auf ein untergegangenes Land, das ständig Gegenstand von Diskussion ist.« Ihm geht es darum, die Auseinandersetzung mit Themen anzuregen. Themenausstellungen hat er unter anderem zu politischen Plakaten (»Landwirtschaft – 20 Jahre Bodenreform«), Spielzeug, Orden, Medaillen und zum Arbeitsschutz in der DDR zusammengestellt. Die TU Dresden hat sich die Schau zum Arbeitsschutz ausgeliehen und in eine große Ausstellung über die ostdeutsche Arbeitsgesellschaft integriert. Sehr erfolgreich, gemessen an der Zahl der BesucherInnen, war auch sein Projekt zu Plastik-Tüten aus der DDR. Um eine Ausstellung auf die Beine zu stellen, braucht er etwa neun Monate. Plakate müssen gerahmt, Gegenstände angeordnet und beschriftet werden. Er bereitet auch Führungen und Vorträge vor. Tobias Bank hat in Potsdam Geschichte sowie Politik- und Verwaltungswissenschaften studiert. Schon während des Studiums hat er angefangen, in der Bundestagsfraktion der LINKEN zu arbeiten. Heute ist er dort Referent für Kommunalpolitik. Er ist auch selbst kommunalpolitisch aktiv. Seit fast zehn Jahren ist er in der Wustermarker Gemeindevertretung aktiv, mittlerweile ist er dort Vorsitzender der Linksfraktion. Außerdem ist er ein sehr aktiver Vertreter der LINKEN im Kreistag Havelland. Zu seinen kommunalpolitischen Forderungen gehören die nach Aufforstung, mehr Grün und sozialem Wohnungsbau im Gemeindegebiet. Das passt gut zu dem Ausstellungsprojekt, an dem er zurzeit arbeitet: Landwirtschaft und Naturschutz in der DDR.

Ein Objekt hat es Tobias Bank besonders angetan. Gregor Gysi hat ihm zu einer Ausstellungseröffnung eine 30 Zentimeter Marx-Engels-Figur aus Porzellan mitgebracht. ◀



Foto: Anja Krüger

Kontakt zu Tobias Bank:
ddr.exposition@gmail.com



Antikapitalismus plus Lautstärke: Die Geburt des Queerpunk in den 1980-er Jahren
Foto: Desire Productions

■ Queercore – How to Punk a Revolution

Die Grenze verläuft nicht zwischen den Völkern, sondern zwischen oben und unten. Genauer: mitten durch den Körper. So jedenfalls fühlt sich der junge Aktivist und Filmemacher Bruce LaBruce im heimeligen Toronto. Der Künstler träumt von seinem Publikum – das es noch nicht gibt: Schwul und lesbisch und Transgender und Punk. Es ist 1980, und er liebt diese Musik. Doch Punk ist auch nur Rockmusik, schnell wird aus dem lauten Ausbruch eine Machogeschichte. Punkrock mag die Homosexuellen nicht, findet LaBruce. Er beginnt, queere Fanzines zu verlegen, entwirft mit der Musikerin G.B. Jones eine Szene, in der es Widersprüche nicht gibt, die aggressive Energie der Musik aber bleibt.

»Queercore« nennt er das neue Genre. Es besteht aus Gitarre, Bass, Schlagzeug, Gebrüll – und Sex und Crossdressing. Erste Fingerübungen zusammengewürfelter Musiker finden in einem Treff für Taubstumme statt. Antikapitalismus plus Lautstärke – so könnte der Stil von »Queercore – How to Punk a Revolution«, dem hochemotionalen Dokumentarfilm des jungen Regisseurs Yony Leyser lauten. Der Berliner Underground-Chronist erweist sich mit seinem neuen Film als akribischer Dokumentarist des Queerpunk. Leyser präsentiert seltene und mitreißende Konzertmitschnitte, hat Stars wie Beth Ditto und die Mitglieder der Bands Team Dresch, Bikini Kill und Pansy Division interviewt. Sie alle eint das kreative Außenseitertum, das sie sich nicht mal ausgesucht haben. Der Film ist ein Plädoyer für einen kreativen Umgang mit Widerständen: »Wir

erschaffen die Welt, in der wir leben wollen«, wie es dort heißt.

Ein Ansatz, der sich auch in viel bekannteren Genres wie der Riot-Grrrl-Bewegung und dem Grunge wiederfand, wie ihn zum Beispiel Kurt Cobain und Nirwana in Szene setzten. Ideen aus den früheren neunziger Jahren, die heute noch radikal wirken, vor allem, wenn man die Dominanz glattgebogener Balladen in der Pop-Musik betrachtet. »Es geht nicht darum, gesellschaftlich akzeptiert zu werden oder politisch korrekt zu sein«, sagt Regisseur Leyser. Queercore sei nicht trotz der Abseitigkeit, sondern wegen ihr noch heute voller Kraft und Relevanz.

Wie alles bekam auch diese Kultur irgendwann ihre Probleme: Der eine Flügel kommerzialisierte sich in Werbekampagnen, der andere grenzte sich hermetisch ab, landete womöglich bei Selbstzensurkursen.

Und es gibt die, die Kurs hielten: Bruce LaBruce dreht nach wie vor Filme, die kaum ein Massenpublikum finden, wenn ihm auch mittlerweile ganze Ausstellungen gewidmet werden.

»Nur wenige wissen von der fantastischen post-modernen und revolutionären Bewegung, die vor 25 Jahre ihren Anfang nahm«, sagt Leyser. Mit seinem Film möchte er diese Lücke schließen.

→ Kinostart: 7. Dezember 2017



ALS DICHTER
VON DER
REVOLUTION
TRÄUMTEN

GELESEN VON
INGRID FEIX

CAROLA NEHER GEEHRT

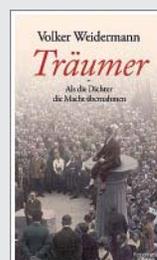
In Berlin erinnert seit Dezember eine Gedenktafel an die Schauspielerin Carola Neher (1900-1942), die seit 1926 mit Bertolt Brecht zusammengearbeitet hatte und 1929 als »Polly« in dessen »Dreigroschenoper« berühmt wurde. Carola Neher, die der Kommunistischen Partei nahestand, ohne ihr anzugehören, mit anderen Künstlerinnen und Künstlern einen Aufruf gegen Hitler. Im darauffolgenden Jahr ist sie in die Sowjetunion emigriert. Dort wurde sie 1937 in einem Schauprozess als angebliche Trotzkistin angeklagt und zu zehn Jahren Arbeitslager verurteilt. Ihr Mann wurde zum Tode verurteilt und hingerichtet. Carola Neher starb nach fünf Jahren Lagerhaft an Typhus. Die Gedenktafel befindet sich am Fürstenplatz 2.

LESEFÄHIGKEIT SINKT

Die Internationale Grundschul-Lese-Untersuchung (IGLU) hat gezeigt, dass die Lesefähigkeit von Grundschulkindern in Deutschland sinkt. Waren es 2001 noch 16,9 Prozent der Kinder, die nicht richtig lesen konnten, waren es 2016 bereits 18,9 Prozent. Ganz egal welche technologischen Innovationen die Zukunft auch bringen wird, so Katja Kipping in einer Stellungnahme, Lesen und Schreiben werden immer zu

Es ist der Traum von einer besseren Welt – »permanente Mitbestimmung aller an allem« und Frieden für immer –, der in jenen Novembertagen 1918 in Bayern Wirklichkeit werden sollte. Nach dem desillusionierenden Krieg, in einem kurzen politischen Vakuum, wird ein Journalist und Theaterkritiker zum Ministerpräsidenten einer »friedlichen Revolution«. Der glühende Redner und Träumer Kurt Eisner, ein »sozialistischer Märchenkönig«, ernennt Beifallsstürme als er die bayerische Räterepublik ausruft, auch bei Dichterkollegen wie Oskar Maria Graf und Rainer Maria Rilke, Erich Mühsam, Ernst Toller, Gustav Landauer und Gustav Regler. Jede Menge Ideen für eine neue menschliche Gesellschaft tauchen auf. Das Eingeständnis deutscher Kriegsschuld soll der Beginn eines weltumspannenden Völkerfriedens werden, Geld, das nach einer bestimmten Frist »verfault«, soll das Finanzkapital abschaffen und die Wirtschaft beflügeln, Bildung und Erziehung sollen von Anfang an den werdenden Menschen formen. Endlich soll das, was auch mit der Begeisterung für die russische Revolution an Visionen von einer besseren Welt in Büchern, Schriften, Theaterstücken entworfen wurde, Realität werden. Aber nicht alle teilen die Euphorie. Thomas Mann zum Beispiel betrachtet als »Unpolitischer« den »angeblichen Sieg der Demokratie« als Witz und bangt zunächst um Leben und Besitz. Der Traum der Dichter, die die Macht übernehmen, dauert jedoch nur wenige Tage. Politische Flügelkämpfe, antisemitische Vorurteile nehmen überhand, Eisner fällt einem Attentat zum Opfer – die Räterepublik endet in einem Blutbad. Der Politikwissenschaftler und Germanist Volker Weidemann hat aus zahlreichen Schriften, Erinnerungen und Tagebuchnotizen eine sehr lesenswerte atmosphärische Fiktion jener Tage mit Sympathie für die Träumer entworfen.

Volker Weidemann
Träumer
Als die Dichter die Macht übernahmen
Kiepenheuer & Witsch
288 Seiten, 22 Euro



den Grundkompetenzen gehö- ren, mit denen Kinder die Welt begreifen und erfassen können. Umso wichtiger sei es, dass diese Fähigkeiten bei allen Kindern entsprechend gefördert werden. Dazu brauche es mehr Personal in Kitas und Schulen, aber auch flächendeckend wohnortnahe Bibliotheken. Das Bibliothekssterben dürfe nicht weitergehen, das sei nicht nur eine Frage der Kultur, sondern auch der Demokratie.

LOKALE TV-ANBIETER

Die demokratischen Fraktionen des Brandenburger Landtags haben einen gemeinsamen Antrag eingebracht, mit dem lokale TV-Anbieter gestärkt werden sollen. Lokale Fernsehstationen würden einen wichtigen Beitrag zur Medien- und damit Meinungsvielfalt leisten und zur Ausprägung von lokaler und regionaler Identität beitragen, heißt es in einer Presseerklärung der medienpolitischen Sprecherinnen und Sprecher der LINKEN, der SPD und der Grünen. Ein vielseitiger und qualitativ hochwertiger Lokaljournalismus benötige jedoch auch eine solide finanzielle Grundlage und Perspektive. Lokale TV-Stationen arbeiteten engagiert und mit Herzblut. Viele hätten jedoch finanzielle Probleme. »Dem muss gegengesteuert werden«, so Volkmar Schöneburg (DIE LINKE). »Denn guter Lokaljournalismus stärkt die Demokratie vor Ort.«

Die WählerInnenschaft der LINKEN hat sich verändert. Sie wurde jünger, urbaner und akademischer – oder wie es die »taz« ausdrückte: Sie wurde »hip«. Unter Erwerbslosen hingegen stagnieren die Zahlen: Seit 2009 verlieren wir in dieser Gruppe an Zustimmung. Die folgenden Zeilen sollen kein Beitrag zur Migrationspolitik sein, die manch eine und einer als Ursache ausgemacht hat. Kommentieren möchte ich aber die These, dass die neuen WählerInnenmilieus jener klassischen Arbeiterklasse fern stünden, um deren Selbstemanzipation DIE LINKE kämpft. Meine These dagegen lautet: Der Großteil jener »Latte Macchiato-Linken«, wie sie mitunter verächtlich genannt wird, ist genauso betroffen von Prekarität, Ängsten und Unsicherheit, kurz: von der »Abstiegsgesellschaft« (Nachtwey), wie die »alte« Arbeiterklasse.

Die Zahl der Studierenden ist in den vergangenen 40 Jahren von 400 Tausend auf 2,8 Millionen gestiegen: Besuchten 1970 nur 11 Prozent eines Jahrgangs die Hochschule, sind es heute 56 Prozent, Tendenz steigend. Richtig ist zwar: Noch immer wird erheblichen Teilen der Arbeiterklasse der Zugang zur Hochschule verbaut oder massiv erschwert. Aber eine Öffnung der Hochschulen hat es in der BRD im Nachgang der 68er-Revolution und dank sozialer Reformen gegeben. Diese Ausweitung des Zugangs zur Hochschule hat allerdings mitnichten dazu geführt, dass mehr Menschen höhere Löhne bekämen. Vielmehr fand gerade im Zuge der Öffnung der Hochschulen eine Entwertung der akademischen Abschlüsse und Titel statt. Die Öffnung der Hochschulen erfolgte eben auch unter der Regie des modernen Kapitalismus, der einen steigenden Bedarf an akademisch ausgebildeten Fachkräften hat.

Und so wartet auf die künftigen Erwerbstätigen in geisteswissenschaftlichen und Medien-Berufen, in Gesundheits- und Sozialberufen oder auf die künftigen LehrerInnen in der Regel kein Leben in der gutbetuchten Mittelschicht oder der Aufstieg in Chefetagen. Stattdessen erwarten sie oft hohe Belastungen, die mit niedrigen Ge-

hältern und befristeten Verträgen einhergehen. LehrerInnen werden für die Schulferien entlassen, WissenschaftlerInnen an Hochschulen hangeln sich von einem Jahresvertrag zum nächsten und gehen viele Jahre lang mit 1.400 Euro netto nach Hause. Weite Teile der »lohnabhängigen Intelligenz« (Frank Deppe) sind mittlerweile proletarisiert. Obwohl es eine Angleichung der Lebenslagen an jene der »klassischen« ArbeiterInnenklasse gibt, bleiben kulturelle Abgrenzungen bestehen und nehmen mitunter sogar zu. Denn der Neoliberalismus hat die gesellschaftliche Konkurrenz ausgeweitet und den Druck zur beständigen Investition in die eigene »Ich AG« für alle erhöht. Und natürlich klammern sich daher einige akademisch Gebildete an ihr »kulturelles Kapital« (Pierre Bourdieu) und grenzen sich nur allzu gerne von jenen »Prolls« ab, die eben keinen Gefallen an schicken Retro-Bars finden. So wird der eigene Selbstwert aufgepoliert. Didier Eribon legt in seinen Schriften diesen Mechanismus offen.

Doch zeigt nicht gerade der Zustrom zur LINKEN das wachsende Bedürfnis in diesem Milieu, eben jene Spaltungen zu überwinden? Jene, oft gut gebildete, junge Menschen, die heute unsere Partei bereichern, wollen mit uns gemeinsam die soziale Frage stellen – ohne aber dabei Diskurse zu bedienen, in denen einheimische und zuwandernde Teile der Klasse gegeneinander ausgespielt werden.

Die ArbeiterInnenklasse hat viele Gesichter: der migrantische Jugendliche ohne Ausbildung, der in Gelegenheitsjobs Familie und Nachbarn hilft; die zwischen Praktika-Verträgen und Kurzzeit-Projekten hechelnde Akademikerin; der alleinerziehende Vater in Teilzeitarbeit, der keine bezahlbare Wohnung findet; die Erwerbslose in der sächsischen Kleinstadt, die nur noch zur »industriellen Reservearmee« gehören darf – sie alle gehören dazu. Ihre gemeinsamen Erfahrungen und Forderungen sollten wir als LINKE artikulieren – als kämpferische und verbindende Partei.

Nicole Gohlke ist hochschul- und wissenschaftspolitische Sprecherin der Bundestagsfraktion.



NICOLE GOHLKE

»Latte Macchiato-Linke« und die Arbeiterklasse

Foto: Katja-Julia Fischer

und Fabrik. Die Doppelbelastung der Frau durch Haushalt und Beruf, München 1958; C.KLENNER, »Doppelt belastet oder einfach ausgebeutet? Zur Aneignung weiblicher Reproduktionsarbeit in DDR-Familien«, in: *Argument* 184, 32. Jg., H. 6, 1990, 865-74; G.-A.KNAPP, »Arbeitsteilung und Sozialisation. Konstellationen von Arbeitsvermögen und Arbeitskraft im Lebenszusammenhang von Frauen«, in: U.Beier (Hg.), *Klasse Geschlecht. Feministische Gesellschaftsanalyse und Wissenschaftskritik*, Bielefeld 1987; U.LEHR, *Die Frau im Beruf. Eine psychologische Analyse der weiblichen Berufsrolle*, Frankfurt/M 1969; A.MYRDAL u. V.KLEIN, *Die Doppelrolle der Frau in Familie und Beruf*, Köln-Berlin/W 1971; *Schweizer Lexikon*, Bd. 2, Luzern 1992.

FRIGGA HAUG

⇒ Arbeit, Arbeitskraft, Arbeitszeit, disponible Zeit, Doppelcharakter der Arbeit, Familienarbeit, Frauenfrage, Hausarbeit, Patriarchat, Widerspruch, Zeit

doppelte Militanz

A: niḡāl unthāwī mzdauwidj.

E: double militancy. – F: double militantisme.

R: udvoennaja voinstvennost'.

S: doble militancia.

C: shuangchong douzheng 双重斗争

Anfang der 1970er Jahre erkannten viele der in linken Organisationen engagierten Frauen, dass im sozialistischen Projekt die Befreiung der Frauen nicht gut aufgehoben war. Da es ihnen nicht gelang, den Kampf gegen Frauenunterdrückung als eigenständige Dimension sozialistischer Politik zu verankern, sahen sie schließlich die Notwendigkeit, »zweierlei Kämpfe zu führen: einen direkt gegen das Kapital, den anderen gegen die patriarchale Kultur und ihre Folgen, die sich wiederum das Kapital zunutze gemacht und zynisch ausgebeutet hat« (RAVAIOLI 1977, 163f). Diese Praxis

nannten italienische Feministinnen *doppelte Militanz*.

Die Kritik feministischer Sozialistinnen richtete sich gegen den monolithischen Herrschaftsbegriff des Marxismus der II. und III. Internationale. Dieser fasst den Klassenantagonismus als Grundverhältnis sozialer Herrschaft, von dem alle anderen Herrschaftsverhältnisse sich ableiten. Das Privateigentum galt in dieser marxistischen Tradition als »die letzte und tiefste Wurzel der Vorrechtsstellung des Mannes vor dem Weibe« (ZETKIN, 1920, 260f), die »Frauenfrage« wurde zum »Nebenwiderspruch«. Gegen diesen Reduktionismus verwiesen Feministinnen auf die Notwendigkeit, die Spezifik patriarchaler Unterdrückungsverhältnisse zu erkennen und eigenständige Kämpfe gegen die vielfältigen Formen männlicher Macht und Herrschaft zu führen. Dies bedeutete nicht nur einen Angriff auf den alltäglichen Sexismus von Männern in den Organisationen, sondern zugleich eine Herausforderung an das herkömmliche Verständnis von Politik. Die Spaltung von »privat« und »öffentlich« wurde als patriarchalisch skandalisiert, da sich gerade im Privaten, das infolge dieser Trennung schon immer jenseits der Politik war, patriarchalische Herrschaft besonders stark manifestiert. »Männliche« Politikformen, die wie das Konzept des Berufsrevolutionärs auf der Ausgrenzung des Subjektiven und Privaten basierten und so die Unterordnung der Frauen reproduzierten, wurden in Frage gestellt. Mit dem Anspruch »jede von uns ist Masse und Avantgarde zugleich« (USAI/RAVERA 1977, 217) klagten Feministinnen neue Formen politischer Praxis ein.

Versuche, das sozialistische Projekt derart feministisch zu radikalisieren, fielen in den Organisationen auf wenig fruchtbaren Boden. Die Reaktionen reichten von Ignoranz bis Abwehr. Erfahrungsberichte von Frauen geben Zeugnis davon,

Frigga Haug (Hg.)

Historisch-kritisches
Wörterbuch des Feminismus

Band I. Abtreibung bis Hexe

Um zwei Stichwörter
erweiterte Auflage von
November 2011384 Seiten, 23 Euro
ISBN 978-3-88619-295-3